



**Stadt
Luzern**

Grosser Stadtrat

Vom Grossen Stadtrat
genehmigt am
5. März 2015

Protokoll Nr. 33

über die Verhandlungen
des Grossen Stadtrates von Luzern
Donnerstag, 18. Dezember 2014, 13.00–16.30 Uhr
im Rathaus am Kornmarkt

Vorsitz:

Ratspräsident Jörg Krähenbühl

Präsenz:

Anwesend sind 43–44 Ratsmitglieder

Entschuldigt:

Sonja Döbeli Stirnemann, Katharina Hubacher,
András Özvegyi, Simon Roth

Der Stadtrat ist vollzählig anwesend

Verhandlungsgegenstände	Seite
1. Mitteilungen des Ratspräsidenten	3
2. Bericht und Antrag 27/2014 vom 15. Oktober 2014: Initiative „Sonne auf Luzerner Dächern (Flachdach-Initiative)“	3
3. Bericht 28/2014 vom 22. Oktober 2014: Integrationspolitik der Stadt Luzern	12
4. Bericht und Antrag 30/2014 vom 22. Oktober 2014: Abschreibung von Motionen und Postulaten	22
5. Bericht und Antrag 29/2014 vom 22. Oktober 2014: Abrechnung von Sonderkrediten	24
6. Interpellation 192, Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 13. Mai 2014: Medikamentenabgaben in Luzerner Heimen einst und heute	25

Stadt Luzern
Sekretariat Grosser Stadtrat
Hirschengraben 17
6002 Luzern
Telefon: 041 208 82 13
Telefax: 041 208 88 77
E-Mail: grstr@stadtluzern.ch
www.stadtluzern.ch

7.	Interpellation 198, Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Max Bühler und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 26. Mai 2014: Mangel an Pflegepersonal und Auswirkungen der SVP-Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die Pflegeversorgung der Stadt Luzern?	26
8.	Postulat 218, Adrian Wassmer und Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 4. September 2014: Bedarfsgerechtes WLAN an der Volksschule	26
9.	Interpellation 201, Lisa Zanolla-Kronenberg und Adrian Wassmer namens der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2014: Lehrpersonen-Knappheit: Auch ein selbstgemachtes Problem?	26
10.	Motion 200, Laurin Murer und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Max Bühler, Esther Burri und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, Jules Gut und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann, Rieska Dommann sowie Lisa Zanolla-Kronenberg namens der SVP-Fraktion, vom 27. Mai 2014: Kinder- und Jugendförderung durch gebührenfreie Benutzung des öffentlichen Grundes	29
11.	Interpellation 207, Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 9. Juli 2014: Unsinnige Markierungen auf der westlichen Bergstrasse in Littau	30
12.	Postulat 209, Lisa Zanolla-Kronenberg und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 1. August 2014: Spontanität und Kreativität beim Fahnenauhang am Luzerner Stadthaus	36

Eingänge

1. Einladung zur 33. Sitzung des Grossen Stadtrates von Luzern
2. Stellungnahme zur Motion 200, Laurin Murer und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Max Bühler, Esther Burri und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, Jules Gut und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann, Rieska Dommann sowie Lisa Zanolla-Kronenberg namens der SVP-Fraktion vom 27. Mai 2014: „Kinder- und Jugendförderung durch gebührenfreie Benutzung des öffentlichen Grundes“
3. Antwort auf die Interpellation 201, Lisa Zanolla-Kronenberg und Adrian Wassmer namens der SVP-Fraktion vom 4. Juni 2014: „Lehrpersonen-Knappheit: Auch ein selbstgemachtes Problem?“
4. Antwort auf die Interpellation 207, Peter With namens der SVP-Fraktion vom 9. Juli 2014: „Unsinnige Markierungen auf der westlichen Bergstrasse in Littau“

5. Stellungnahme zum Postulat 209, Lisa Zanolla-Kronenberg und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion vom 1. August 2014: „Spontanität und Kreativität beim Fahnenauhang am Luzerner Stadthaus“
6. Stellungnahme zum Postulat 218, Adrian Wassmer und Peter With namens der SVP-Fraktion vom 4. September 2014: „Bedarfsgerechtes WLAN an der Volksschule“
7. Protokoll 28 Baukommission vom 20. November 2014
8. Protokoll 26 Geschäftsprüfungskommission vom 20. November 2014
9. Protokoll 22 Bildungskommission vom 20. November 2014
10. Volksmotion 236, Lisbeth Wagner, Leo Walz, Gabriela Gyr, Andreas Stäubli Gyr, Prof. Dr. Jan Olaf Gebbers, Dr. Georg Carlen und Mitunterzeichner/innen vom 2. Dezember 2014: „Für den Luft- und Lebensraum in den betroffenen Quartieren! Für die Museggmauer! Gegen das Parkhaus Musegg!“
11. Interpellation 237, Theres Vinatzer und Daniel Furrer namens der SP/JUSO-Fraktion vom 3. Dezember 2014: „Auswirkungen von ‚Leistungen und Strukturen II‘ auf die Stadt Luzern“

Beratung der Traktanden

Die Traktandenliste erfährt keine Änderungen.

1. Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Jörg Krähenbühl begrüsst die Anwesenden zur 33. und zugleich letzten Sitzung des Grossen Stadtrates im Jahr 2014. Entschuldigt sind Sonja Döbeli Stirnemann, Katharina Hubacher, András Özvegyi und Simon Roth. Nico van der Heiden wird mit zehnminütiger Verspätung eintreffen. Albert Schwarzenbach verlässt die Sitzung nach der Pause. Der Vorsitzende bedankt sich beim Sekretariat des Grossen Stadtrates für die wunderschöne Weihnachtskarte und für das süsse Weihnachtsgebäck. Ein herzliches Dankeschön an Sandra Felder-Estermann für die selbst gebackenen Änis-Chräbeli.

2. Bericht und Antrag 27/2014 vom 15. Oktober 2014: Initiative „Sonne auf Luzerner Dächern (Flachdach-Initiative)“

Kommissionspräsident Reto Kessler möchte die Gelegenheit benützen, allen Parlamentarierinnen und Parlamentariern im Namen der Baukommission herzlich zu danken. Als Kommissionspräsident dankt er persönlich den Mitgliedern der Baukommission, welche in diesem Jahr ihre grosse Arbeit stets fair, kompetent und lösungsorientiert erfüllt hat.

An der Sitzung vom 20. November 2014 hat die Baukommission die Initiative „Sonne auf Luzerner Dächern“ behandelt. Die Initianten waren eingeladen und konnten ihre Stellungnahmen vorbringen. Die Fragen der Initianten und die Fragen aus der Kommission konnten beantwortet werden.

In den Eintretensvoten wurde sehr schnell ersichtlich, dass aus der Baukommission eigentlich niemand gegen die Nutzung der Sonnenenergie ist. Dass man die Sonnenenergie in irgendeiner Form fördern muss, war allen klar. Doch die in der Initiative gestellten Forderungen zeigten aber, dass niemand wirklich glücklich ist mit der Initiative, wie sie vorliegt. Ein Grund war zum Beispiel die Wirtschaftlichkeit, oder die Einschränkungen der auf dem Markt verfügbaren technischen Möglichkeiten. Die Ausgrenzung der Schrägdächer und die Auflage von 75 Prozent der geeignetsten Objekte schliesst schlussendlich darauf, dass eine Ungleichbehandlung der Hauseigentümer entstehen kann. Zudem sind einige Forderungen –zum Beispiel der Solarkataster – bereits umgesetzt. Auch finden derzeit auf kantonaler Ebene diverse Überarbeitungen von Reglementen statt, welche auf die Forderungen der Initiative direkten Einfluss haben. In diesem Sinne ist die Baukommission der Meinung, dass eine gemeinsame Lösungserarbeitung mit Kanton und Stadt und den Eigentümern besser ist, als einen Zwang aufzuerlegen, der nachher nur einen Teil der Hausbesitzer betrifft.

Aus der Reihe der Baukommission wurde ein Rückweisungsantrag gestellt, um allenfalls einen möglichen Gegenvorschlag zu erarbeiten. Ein solcher Gegenvorschlag lag allerdings zu diesem Zeitpunkt noch nicht vor. Das führte dazu, dass der Rückweisungsantrag dem Antrag auf Eintreten gegenübergestellt wurde. Der Rückweisungsantrag wurde mit 2 : 6 Stimmen, bei einer Enthaltung abgelehnt. In der Detailberatung konnten alle Fragen beantwortet werden.

In der Schlussabstimmung wurde die Initiative mit 9 : 0 : 0 Stimmen für gültig erklärt. Die Baukommission folgt dem Antrag des Stadtrates und lehnt die Initiative mit 6 : 3 : 0 Stimmen ab. Der Baukommissionspräsident ist sich bewusst, dass im Nachgang rege Diskussionen über das Vorgehen stattgefunden haben. Er ist gespannt, wie die Ratsdebatte verlaufen wird.

EINTRETEN

Korintha Bärtsch: Vor gut drei Jahren hat die Stadtluzerner Bevölkerung beschlossen, dass sie aus dem Atomstrom aussteigen will und sich auf den Weg der 2000-Watt-Gesellschaft machen will. Es war das Jahr 2011 – das Jahr mit Fukushima – und das Jahr, in welchem das Wort Energiewende endlich eine neue Bedeutung bekommen hat. Das heutige Reglement für eine nachhaltige städtische Energie-, Luftreinhalte- und Klimapolitik war der Gegenvorschlag einer Initiative der Jungen Grünen, die Initiative „Luzern mit Strom ohne Atom“. Dass der Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft kein Zuckerschlecken wird, war uns allen schon damals klar, der Gegenvorschlag wurde jedoch mit einer überwältigenden Mehrheit von 68 Prozent angenommen. Das ist ein klarer Auftrag an den Stadtrat und ist auch ein klarer Auftrag an das Parlament.

Genauso wie damals bringen die Jungen Grünen heute wieder ein energiepolitisches Anliegen aufs Tapet, welches brandaktuell ist, die Sonnenenergienutzung. Die Sonnenenergienutzung spielt in der Energiewende eine Schlüsselrolle. Die Energiequelle ist gratis und die Kosten der Produktionsanlagen sinken laufend. So hat auch der FDP-Vertreter in der Kantonsregierung, Regierungsrat Robert Küng, sein Regierungspräsidialjahr als „Solarjahr 2014“ ausgerufen. Er hat verschiedene Aktivitäten zu diesem Thema geplant und umgesetzt. So wurde unter anderem auch der Solarkataster erstellt.

Im Gegensatz zu anderer erneuerbarer und auch herkömmlicher Energieproduktion ist das Potenzial der Sonnenenergie gerade in Städten sehr hoch. In der Stadt Luzern stehen riesige Flächen von Dächern leer, sie sind brach. Flächen, auf denen man Strom produzieren könnte. Genauso haushälterisch wie wir mit unserem Boden umgehen müssen, so müssen wir auch mit un-

seren Dachflächen umgehen. Die Dachflächen, welche sich laut dem kantonalen Solarpotenzialkataster als sehr gut oder gut eignen, sind so gross wie 186 Fussballfelder, oder rund dreimal so gross wie die Fläche des Rotsees. Wenn in der Stadt Luzern alle gut bis sehr gut geeigneten Flächen genutzt würden und man die Einschränkungen wegen denkmalpflegerischer Aspekte auch berücksichtigt, könnte die Stadt Luzern fast ein Viertel ihres Stromverbrauchs mit Strom aus Photovoltaik decken. Das Potenzial ist bestechend. Einen solch hohen Selbstversorgungsgrad bezüglich Strom hatte die Stadt Luzern nur ganz kurz nach der Elektrifizierung gehabt.

Die Initiative der Jungen Grünen will also mit Recht die Sonnenenergienutzung fördern. Die Initiative ist falsch, sie will, dass alle brachliegenden Flächen von Dächern mit Produktionsanlagen bestückt werden. Auch die Dächer, die schon gebaut sind. Wir „alten“ Grünen kommen hier etwas in Clinch mit der Rechtssicherheit bei bestehenden Dächern. Aus unserer Sicht ist aber auch klar: Die Sonnenenergienutzung muss gefördert werden. Darum wollen wir einen Gegenvorschlag zur Initiative formulieren. Wir schlagen einen Gegenvorschlag vor, der ein neues Ziel im Energiereglement vorsieht, analog zum Absenkpfad der 2000-Watt-Gesellschaft. Das Ziel soll sinngemäss folgendermassen lauten: Bis im Jahr 2025 verdreifacht sich die Solarstromproduktion in der Stadt Luzern gegenüber dem Stand von 2014. Und auch analog zum Absenkpfad 2000-Watt-Gesellschaft, wie es im Art. 6 steht, muss der Stadtrat Massnahmen zur Zielerreichung treffen und diese in den Aktionsplänen zusammenfassen.

Das Ziel ist also definiert und klar, den Weg zum Ziel kann der Stadtrat selber bestimmen. Er kann dazu reglementarische Massnahmen treffen. Er kann zum Beispiel für alle Neubauten eine Solaranlagenpflicht vorschreiben, er kann weiterhin den Energiefonds öffnen und daraus mit Anreizen eine Förderung finanzieren. Er kann und soll auch auf den eigenen Dachflächen Solaranlagen bauen. Der Stadtrat ist also frei, verschiedenste Massnahmen zu treffen, um das Ziel zu erreichen. Natürlich muss dann das Parlament diesen Massnahmen auch noch zustimmen.

Die Idee für diesen Vorschlag hat die Sprechende leider erst nach der Kommissionssitzung gehabt. Sie möchte jedoch das Parlament nicht an der heutigen Ratssitzung mit dem Gegenvorschlag überrumpeln, dass man nur noch Ja oder Nein sagen kann. Das würde der Sache auch nicht gerecht werden. Korintha Bärtsch möchte deshalb den Ball an die Verwaltung zurückgeben, dass die Verwaltung einen Gegenvorschlag im vorher genannten Sinn formulieren und diesen sorgfältig und rechtlich korrekt ausarbeiten kann. Für das stellt die Sprechende den Antrag auf Rückweisung des B+A 27/2014 zur Überarbeitung.

Nochmals zum Ziel. Warum Solarstrom und nicht Sonnenenergie? Grundsätzlich wäre beides gut. Die Erhebung von Solarthermie ist allerdings etwas schwierig und mit einem hohen administrativen Aufwand verbunden – wenn man es dann überhaupt erreicht. Photovoltaik-Anlagen und ihre Leistungen sind durch die Stromeinspeisung bei den ewl bekannt. Deshalb bezieht sich die Vorgabe nur auf Solarstrom. Natürlich soll der Stadtrat parallel die Solarthermie ebenfalls fördern. Wenn die Verwaltung dazu noch einen anderen Vorschlag hat, sind wir selbstverständlich offen. Warum eine Verdreifachung gegenüber dem Stand von heute? Eine Verdreifachung ist aus heutiger Fachsicht ein ambitioniertes, aber realistisches Ziel. Falls sich wider Erwarten herausstellen sollte, dass das Ziel zu einfach ist, kann man es im Verlauf der nächsten Jahre immer noch anpassen.

Die Fraktion der „alten“ Grünen – die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen – stellt also den Antrag auf Rückweisung des B+A 27/2014 zur Überarbeitung.

Rieska Dommann: Wenn wir die angestrebten Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft erreichen wollen, führt kein Weg an der stärkeren Nutzung erneuerbarer Energien und insbesondere der Sonnenenergie vorbei. Die nach menschlichem Ermessen unerschöpfliche Sonnenenergie besser zu nutzen, macht aber selbst dann Sinn, wenn man die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ablehnt oder ihnen kritisch gegenübersteht. Die Vorteile der Sonnenenergie sind evident: Sonnenenergie ist unerschöpflich, ihre Nutzung ist kostenlos und verursacht keinerlei Emissionen. Trotz dieser offenkundigen Vorteile entwickelt sich die Nutzung der Sonnenenergie, gerade in der Schweiz, leider nur zögerlich.

Thematisch greift die Initiative der Jungen Grünen ein wichtiges und sehr berechtigtes Thema auf. Die Nutzung von Sonnenenergie hat ein riesiges Potenzial. Das Ziel der Initiative, die Sonnenenergie besser zu nutzen, kann die FDP-Fraktion deshalb im Grundsatz unterstützen.

Bei der Beurteilung der Forderungen geht es uns dann allerdings gleich wie dem Stadtrat. Die Initiative scheint wenig durchdacht und auch zu wenig in das bestehende Umfeld eingebettet zu sein. Die Initianten ignorieren offensichtlich, dass in diesem Bereich vieles bereits geschieht, und ihre Forderungen knüpfen nicht am aktuellen Geschehen an. Schliesslich steht die FDP auch einer Verpflichtung zum nachträglichen Bau von Solaranlagen auf bestehenden Gebäuden sehr skeptisch gegenüber, selbst wenn der Stadtrat in seiner Beurteilung zum Schluss kommt, dass die Initiative trotzdem gültig sei.

Viele Forderungen der Initiative sind aus unserer Sicht nicht durchführbar und zu wenig ausgereift. Der Stadtrat hat die wichtigsten Argumente gegen die Initiative richtig wiedergegeben. Wir können uns nicht vorstellen, wie man die Forderung in Ziff. 3, eine Verpflichtung zum Bau einer Solaranlage auf dazu geeigneten Flachdächern, ohne riesige Bürokratie umsetzen könnte. Nur schon herauszufinden, welches denn die 75 Prozent am besten geeigneten Flachdächer sind, dürfte nicht einfach werden. Dass die Initiative einseitig nur auf Flachdächer fokussiert, ist zudem völlig unverständlich.

Die Initiative hätte aber auch äusserst negative Auswirkungen auf die Förderung von Solaranlagen durch den Kanton Luzern. Seit Jahren werden thermische Solaranlagen durch den Kanton mit massgebenden finanziellen Beiträgen unterstützt. Ohne diese finanziellen Anreize würden viele Solaranlagen – gerade auch in der Stadt Luzern – nicht erstellt. Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz im Gebäudebereich werden allerdings nur dann gefördert, wenn sie vom Gebäudeeigentümer freiwillig ausgeführt werden. Wenn jetzt aber in der Stadt Luzern eine Pflicht zum Bau von Solaranlagen eingeführt wird, würde das dazu führen, dass die Beiträge des Kantons gestrichen werden, wie die Dienststelle Umwelt und Energie dem Sprechenden auf Anfrage bestätigt hat. Das wäre dann aus Sicht der Stadt Luzern ein regelrechtes Eigengoal und dem Anliegen, die Sonnenenergie zu fördern, wäre ein Bärendienst erweisen!

Im Bereich Sonnenenergienutzung müssen wir in Zukunft noch viele und auch grössere Schritte unternehmen. Zurzeit importiert die Schweiz rund 80 Prozent der benötigten Energie aus dem Ausland. Damit wandern jedes Jahr rund 13 Milliarden Franken ins Ausland. Geld, das wir besser in der Schweiz investieren. Durch die Produktion von Strom mittels PV-Anlagen leisten wir einen kleinen Beitrag zur inländischen Stromproduktion. Die Mengen sind zwar nach wie vor äusserst bescheiden, es lohnt sich aber, einen weiteren Ausbau zu forcieren. Wir sind noch nicht am Punkt angelangt, wo wir gesetzliche Verpflichtungen zum Bau von Solaranlagen auf bestehenden Gebäuden als den richtigen Weg beurteilen.

An diesem Punkt setzt unsere Kritik am vorliegenden B+A an. Zwar stimmt auch der Stadtrat zu, dass die verstärkte Nutzung von Sonnenenergie ein sehr berechtigtes Anliegen sei. Mehr noch,

der Stadtrat anerkennt, dass mit den vorhandenen Instrumenten die anvisierten Ziele der städtischen Energiepolitik nicht erreichbar sind. Trotzdem ist der Stadtrat nicht bereit gewesen, einen Gegenvorschlag zur Initiative zu formulieren.

Die FDP-Fraktion ist jedoch der Auffassung, dass es im vorliegenden Fall unbedingt notwendig ist, einen Gegenvorschlag zu unterbreiten. Ein Gegenvorschlag, der dem Initiativkomitee die Chance gibt, ihre verunglückte Initiative zurückzuziehen und gleichzeitig das berechtigte Anliegen aufzunehmen, und der Nutzung von Sonnenenergie in der Stadt einen höheren Stellenwert einzuräumen. Die FDP-Fraktion unterstützt deshalb den Antrag auf Rückweisung wie er von Korintha Bärtsch formuliert wurde, und tritt auf den B+A 27/2014 nicht ein.

Urs Zimmermann: Der Titel dieser Initiative tönt ja sehr schön. Photovoltaik- und Solaranlagen sind sicher sinnvoll und haben auch ihre Berechtigung. Wer findet Sonnenenergie im Grundsatz nicht gut? Sie ist gratis, und zumindest an sonnigen Tagen in grossen Mengen verfügbar. Wer dann aber das Begehren der Initiative genau liest, dem werden schnell die weit reichenden Konsequenzen klar. Als Erstes stellt sich natürlich die Frage, warum nur Flachdächer? Anlagen können auch sehr gut in Steildächer integriert werden. Hier entsteht schon die erste Benachteiligung. Als Zweites kann man die Frage in den Raum stellen: Wie werden die 75 Prozent geeigneten Flachdächer definiert, ohne einen massiven Verwaltungsaufwand? Und schon wieder entsteht eine weitere Benachteiligung, respektive eine Ungleichbehandlung. Die Abgrenzung ist sehr schwierig, was auch in der Antwort des Stadtrates klar dargelegt wird. Und zu guter Letzt noch die rückwirkende Verpflichtung, innert zehn Jahren alle bestehenden Gebäude zu bestücken, ist doch das höchste der Gefühle. Hier hat die SVP-Fraktion sehr grosse Bedenken an der rechtlichen Handhabung und auch an deren Durchsetzung. Es kann nicht sein, dass man auf diesem Weg eine Verpflichtung gegenüber den Gebäudebesitzern geltend machen will. Für die SVP-Fraktion geht diese Initiative viel zu weit. Es ist einmal mehr ein massiver Eingriff in die Eigentumsrechte. Das Zauberwort heisst auch hier: Freiwilligkeit. Oder: Anreizsysteme sind besser als Zwangsvorgaben.

Etwas differenziert muss man auch anschauen, wie das Kosten-Nutzen-Verhältnis schlussendlich ist. Photovoltaik- und Solaranlagen haben auch ihre Nachteile. Ein Thema sind sicherlich die graue Energie bei der Herstellung, die nachträglichen baulichen Massnahmen, oder auch die effektiven Sonnentage, die wir in Luzern haben. Es kann festgehalten werden, dass die Herstellung von erneuerbarer Energie mittels Sonnenlicht relativ teuer ist. Es gibt andere erneuerbare Energieformen, die wesentlich besser dazu geeignet sind. Eine Solaranlage ist auch nicht ganz günstig. Somit werden die Bauherren, Investoren oder Gebäudebesitzer genötigt, relativ hohe Investitionskosten zu tragen. Baukosten werden durch solche Vorgaben erneut verteuert, was sich logischerweise negativ auf die Rendite auswirkt, und sich dann schlussendlich in den Mietkosten niederschlägt. Der Sprechende denkt, dass dann die linke Ratshälfte die erste wäre, welche gegen höhere Mieten Sturm laufen würde. Durch diese Initiative zeigen sich einmal mehr die negativen Auswirkungen unseres hochgelobten Zieles einer 2000-Watt-Gesellschaft und des überhashten Atomausstiegs.

Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates einverstanden und kann diese auch unterstützen. Einige Initiativbegehren sind bereits erfüllt. So zum Beispiel der Solarkataster. Im B+A wird klar aufgezeigt, dass der Kanton bereits gewisse Massnahmen und Vorschriften erarbeitet. Da sollte die Stadt Luzern sicherlich nicht eine eigene Schiene fahren. Die Förderung über den Energiefonds wird ja ebenfalls bereits gemacht. Die Thematik zur Begrünung wird mit dem Pos-

tulat 134 ebenfalls abgehandelt. Da stellt sich doch die Frage, was eine Annahme einer solchen Initiative dann noch nützt – ausser der Benachteiligung der 75 Prozent auserwählten Flachdachbesitzer. Anscheinend haben aber auch die Jungen Grünen gemerkt, dass ihre Initiative zu wenig durchdacht ist. Vielleicht hätte man sich vorgängig mit den „alten“ Grünen absprechen müssen. Aber, warum weist man sonst eine Initiative zurück und verlangt einen Gegenvorschlag? Die SVP-Fraktion wird auf den B+A 27/2014 eintreten. Sie wird der Gültigkeit der Initiative zustimmen und empfiehlt wie der Stadtrat die Ablehnung der Initiative.

Mario Stübi: Wenn wir bis 2045 aus der Atomenergie ausgestiegen sein wollen, müssen wir etwas machen, denn eine solche Energiewende kommt nicht von alleine. 2013, also letztes Jahr, sind nämlich noch 44 Prozent des städtischen Stromverbrauchs nach wie vor nicht erneuerbar gewesen. Darum unterstützt die SP/JUSO-Fraktion das Grundanliegen der Jungen Grünen. Nicht zuletzt haben sie – das sei würdigend erwähnt – die Unterschriften für die Initiative an einem einzigen Tag gesammelt. Die Initiative hat aber auch ihre Schwächen. Wie schon erwähnt, beispielsweise die Beschränkung auf flache Dächer, was zu einer Ungleichbehandlung von Liegenschaftsbesitzern führen würde.

Der Stadtrat anerkennt den Handlungsbedarf beim Atomausstieg, empfiehlt aber die Ablehnung der Initiative. Für die SP/JUSO-Fraktion ist die Gelegenheit zu günstig, als dass es dabei bleiben sollte. Einzelne Forderungen der Initiative können durchaus als parlamentarische Vorstösse erneut aufgegriffen werden. In erster Linie möchten wir aber das vorgeschlagene Vorgehen der „alten“ Grünen der Jungen Grünen Fraktion unterstützen. Die SP/JUSO-Fraktion weist den B+A 27/2014 zurück und bittet um Ausarbeitung eines Gegenvorschlags im genannten Rahmen. Damit die Anreize für Private nach wie vor bestehen, selbstständig in die Energiewende zu investieren, braucht es weiterhin den städtischen Energiefonds. Die Mittel dieses Fonds nehmen aber kontinuierlich ab. Die SP/JUSO-Fraktion wird sich darum rechtzeitig dafür einsetzen, dass diese Unterstützungsquelle nicht versiegt.

Als Junger Grüner und als Mitglied des Initiativkomitees freut sich **Laurin Murer**, dass viele hier im Rat – oder eigentlich alle – mit den Grundzügen der Initiative einverstanden sind und sie auch unterstützen. Wenn auch nicht mit der konkret angerissenen Umsetzung. Uns geht es primär um die stärkere Nutzung der Solarenergie. Wir wollen, dass der Energieverbrauch durch Effizienzgewinn sinkt und unsere Stromproduktion zu 100 Prozent erneuerbar sein wird. Und, dass ein beträchtlicher Anteil davon Solarstrom ist. Denn Solarenergie ist eine Form der Energiegewinnung mit noch immer sehr viel Potenzial, und die Nutzung dieses Potenzials wollen wir vorantreiben. Die Flachdach-Initiative ist ein Puzzleteil der ganzen Energie-Lösung. Das sieht auch der Stadtrat so. Er schreibt es zumindest im B+A. Es ist ein Puzzleteil, welches einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung der Ziele der bestehenden Energie- und Klimastrategie aus dem Jahr 2011 leisten würde. Darum finden wir unsere Initiative immer noch sinnvoll und gut.

Wir haben uns auch überlegt, wo es keinen Sinn macht, Solaranlagen zu installieren. Da sehen auch wir durchaus verschiedene Gründe, wie zum Beispiel Denkmal- und Ortsbildschutz, oder eine schattige Lage. Und deshalb haben wir es umgedreht und uns überlegt, wo es „sicher Sinn macht“. Und aus unserer Sicht macht es zum Beispiel auf Flachdächern an den besten Lagen immer Sinn, eine Solaranlage zu installieren. Und darum haben wir das auch als Minimum gefordert. Wir haben bewusst das Minimum gefordert, und nicht das Absolute. Wenn das Parlament

noch mehr will, freut uns das natürlich. Wenn nun von einer Ungleichbehandlung geredet wird, kann man das durchaus auch auf andere Flächen ausweiten.

Aber eben, uns geht es um die Sache und nicht unbedingt um Ruhm und Ehre, indem wir unsere Initiative durchbringen. Wir sind zwar sicher, dass die Luzernerinnen und Luzerner die Initiative durchwinken würden, denn die Unterschriften haben wir an einem Tag easy gesammelt. Wie gesagt, geht es uns um die Sache. Aber wenn ein guter Gegenvorschlag kommt, könnten wir uns auch vorstellen, unsere Initiative zurückzuziehen.

Kurz zur Kritik von Rieska Dommann und Urs Zimmermann, es sei kompliziert, die 75 Prozent der geeigneten Dachflächen herauszufinden: Dafür gibt es ja den Solarkataster, wo es eigentlich schon schön aufgezeigt ist. Das muss man nur kurz sortieren, und braucht vielleicht zehn Minuten Aufwand.

Roger Sonderegger: Die CVP-Fraktion ist für die Förderung der Sonnenenergie, wenn das in zehn Minuten möglich ist, umso besser. Es könnte allerdings etwas länger gehen.

Aus den gleichen Gründen, wie sie von den bürgerlichen Fraktionen bereits erwähnt wurden, ist auch die CVP-Fraktion gegen die Initiative. Für die CVP war sogar die Gültigkeit der Initiative umstritten. Dazu hat sich noch niemand geäußert. Die CVP-Fraktion hat sich zu diesem Thema intensiv Gedanken gemacht. Es ist ein tiefer Eingriff in das Eigentum, wenn man einem Liegenschaftsbesitzer sagt, er müsse investieren und ihm dann auch noch die Technologie dazu vorschreibt. Wenn das ein milliardenschwerer Investor ist, schmerzt ihn das nicht so sehr. Wenn das bei einer Baugenossenschaft ist, könnte das mehr wehtun. Wenn so etwas an einer Stockwerkeigentümerversammlung beschlossen werden müsste, möchte der Sprechende dabei sein und schauen, ob dann wirklich alle Ja sagen, nur weil es irgendwo in einem Reglement steht. Das kann sich Roger Sonderegger nicht vorstellen. Darum sieht die CVP grosse Probleme in der Umsetzung, und einen übertriebenen Aufwand zur Sicherstellung. Aber, es ist ein Grenzfall, ob die Gültigkeit gegeben ist oder nicht. Demokratiepoltisch sagen wir: „in dubio pro reo“, also in diesem Fall für die Initiative. Wir würden also die Gültigkeit sehen.

Die Gründe für die Ablehnung der CVP-Fraktion sind die gleichen, wie sie erwähnt wurden: Die Flachdächer-Regelung 75 Prozent, und die sofortige Anwendung, sind für die CVP nicht nachvollziehbare und nicht umsetzbare Forderungen. Zwei grosse Punkte stören uns besonders. Erstens ist es nicht ein Ziel, das wir uns geben, sondern es ist ein Weg, es ist ein Technik-orientierter Ansatz. Und das in einem Umfeld, wo sich die Technik extrem schnell verändert. Photovoltaik hat sich in den letzten fünf Jahren sehr schnell weiterentwickelt, und sie wird das auch in den nächsten fünf oder zehn Jahren machen.

Als Beispiel erwähnt Roger Sonderegger seinen Schwager, der einen Bauernhof betreibt. Er hat eigenen Wald und hat eine Biogasanlage. Jetzt müsste ihm vorgeschrieben werden, dass er Sonnenenergie auf seinem Dach bauen sollte, nur weil per Zufall sein Haus am falschen Ort steht. Er hat aber schon einiges investiert, und das Holz hat er gratis. Das geht einfach nicht zusammen. Wir hätten lieber ein Anreizsystem, als einen staatlichen Zwang, weil wir davon überzeugt sind, dass es besser funktioniert.

Jetzt kam noch einigermaßen spontan ein Rückweisungsantrag. Wir sehen einen Vorteil mit diesem Vorgehen. Nun ist ein Ziel formuliert, und nicht einfach ein Weg. Es bleibt Zeit für Abklärungen, wir können es an die Regierung und an die Verwaltung zurückgeben. Sie kann sich nochmals Gedanken dazu machen. Die CVP hilft, Lösungen zu unterstützen zur Nutzung der Solarenergie, wenn sie funktionieren. Aber nur, wenn sie funktionieren. Das Negative ist, wir wis-

sen nicht genau, was wir dann bekommen. Wir könnten auch sagen: Schreibt eine Motion, dann könnt ihr genau fordern, was ihr wollt. Jetzt schieben wir einfach die Kugel zurück.

Für die CVP hängt die Entscheidung über das Eintreten auf das Geschäft davon ab, was der Stadtrat sagt. Wir gehen davon aus, dass der Stadtrat mehrere, verschiedene Varianten geprüft hat für einen Gegenvorschlag. Aus irgendeinem Grund ist er dazu gekommen, dass er keinen Gegenvorschlag formulieren will. Gerne würden wir hören, ob sich die Haltung des Stadtrates ändert, wenn das Parlament den B+A zurückweist. Oder sagt der Stadtrat weiterhin: Wir haben geprüft, was wir können. Wir haben die Ideen auf den Tisch gelegt und bleiben bei unserer Haltung.

Das ist für die CVP matchentscheidend. Je nachdem wie die Antwort des Stadtrates ausfällt, würde die CVP entweder den Rückweisungsantrag der Grünen unterstützen oder diesen ablehnen und auf das Geschäft eintreten wollen.

Jules Gut: Auch die Grünliberale Fraktion dankt der Grünen Fraktion für den Vorschlag eines dritten Weges. Das erspart uns heute die Ablehnung der Initiative und ermöglicht uns die nochmalige Suche nach einem guten Gegenvorschlag. Deshalb wird die GLP-Fraktion auf den B+A 27/2014 ebenfalls nicht eintreten.

UVS-Direktor Adrian Borgula: Wie man gehört hat, hat niemand hier im Saal bestritten, dass die Nutzung der Sonnenenergie – nebst der Nutzung der Umweltwärme, Seewasser, Grundwasser, Abwasser, in gewissem Bereich auch die Geothermie – das grösste Potenzial hat zur Nutzung von erneuerbarer Energie auf dem Stadtgebiet. Wir sind uns alle bewusst, dass die Umsetzung der Luftreinhalte-, Energie- und Klimastrategie eine riesige Aufgabe ist. Diesen Auftrag haben wir, der Weg ist aufgegleist. Wie Korintha Bärtsch erwähnt hat, das Energiereglement steht, der Absenkpfad ist festgehalten und in einer Volksabstimmung wurde der Atomausstieg beim Strombezug der ewl beschlossen.

Der Stadtrat hat formuliert, dass er für das Anliegen der Initiative viel Sympathie hat. Grundsätzlich teilt er das Anliegen. Der Stadtrat hat sich sehr intensiv und mehrfach mit diesem Thema auseinandergesetzt. Auch wurden verschiedene Varianten diskutiert. Die Variante, die jetzt als Gegenvorschlag skizziert ist, wurde natürlich in dieser Form nicht diskutiert. Nach intensiven Auseinandersetzungen ist der Stadtrat zum Schluss gekommen, die Ablehnung der Initiative zu beantragen. Vor allem wegen der zu starken Fokussierung auf Flachdächer. Es gibt Abgrenzungsfragen, es gibt Ungleichbehandlungen. Auch wegen der Rechtsunsicherheiten bezüglich der Rückwirkung. Es gab Detailfragen zum Initiativtext, wo man das Ausmass und die Tragweite zum heutigen Zeitpunkt noch nicht klar definieren kann. Auch deshalb, weil wir damit rechnen, dass die kantonalen Energievorgaben, die „MuKE 2014“, vom Kanton hoffentlich zeitnah umgesetzt werden. Das könnte allenfalls zu Doppelspurigkeiten führen. Der Weg über das Bau- und Zonenreglement würde dann auch wieder einige Zeit in Anspruch nehmen. Und wie schon mehrfach gesagt wurde, ein Teil der Forderungen ist bereits erfüllt.

Der Sprechende möchte sich an dieser Stelle äussern zur vorhin erwähnten Zahl von 13 Milliarden Franken Energiekosten, die ins Ausland abwandern. Die gesamte Stadt Luzern (alle Bewohner, alle Betriebe, die Stadt selber) gibt für den Bezug von fossiler Energie immerhin 200 Millionen Franken aus pro Jahr. Dieses Geld fliesst ab. Da sind natürlich Überlegungen nahe, sich zu überlegen, wie man das reduzieren kann. Da muss man sich Gedanken machen, in Energie-

effizienz oder in die Nutzung erneuerbarer Energien zu investieren, wo dann die Wertschöpfung zumindest zu einem grösseren Teil in der Nähe bleibt.

Es ist abzusehen, dass der Antrag auf Rückweisung zur Überarbeitung wahrscheinlich durchkommen wird. In der Baukommission wurde ein Rückweisungsantrag abgelehnt, weil es damals noch keine konkrete Umschreibung gab. Jetzt ist ein Antrag auf dem Tisch. Der Sprechende muss vorausschicken – auch als Antwort an Roger Sonderegger –, dass der Stadtrat zu diesem Vorschlag noch keinen Stadtratsbeschluss beschliessen konnte. Da sich die UVS-Direktion nur einige Tage mit dem Gegenvorschlag befassen konnte, kann im Moment nur die Haltung der Direktion dargelegt werden. Nun hat die Sprecherin der „alten“ Grünen drei Elemente stipuliert, oder umrissen. Es ginge um eine Verdreifachung der Solarstromnutzung bis ins Jahr 2025, analog dem Absenkepfad. Wir haben versucht, ungefähr zu skizzieren, ob das möglich ist oder nicht. Es war in diesen wenigen Tagen nicht möglich, zu sagen, ob das eine sehr ambitionierte oder realistische Grösse ist. Aus Sicht der Direktion kann das zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Korintha Bärtsch schlägt reglementarische Massnahmen vor, welche möglich sind. Das kann selbstverständlich geprüft werden. Man könnte den Energiefonds äufnen und die Förderung von Solarstrom auf der eigenen Fläche umsetzen. Da sind wir natürlich sicher daran.

Von den Sprechenden der Bürgerlichen Fraktionen kamen eigentlich immer die Hinweise: Anreize ja, staatliche Eingriffe nein. Es muss darauf hingewiesen werden, dass die Stadt in der Finanzplanung 2015 bis 2019 keine zusätzlichen Gelder eingesetzt hat, wenn es um geldmässige Anreize geht. Es wissen alle, dass die Finanzlage nicht einfach ist. Weil der Energiefonds ein wichtiges Instrument für die Energiepolitik ist, wurde auch aufgezeigt, wie sich der Energiefonds in den nächsten Jahren entwickeln wird.

Der Sprechende findet es gut, wenn die Grüne Fraktion eine Rückweisung beantragt, und man das Parlament nicht überrumpeln möchte. So ist eine seriöse Beurteilung eines Gegenvorschlags möglich. Insofern kann der Sprechende keine definitive Antwort geben auf die Frage von Roger Sonderegger, wie sich der Stadtrat zum Gegenvorschlag stellt. Wenn der Auftrag des Parlamentes erfolgt, dass aus diesem „Flachpass“ mit der Flachdach-Initiative vielleicht eine Steilpass-Vorlage entstehen soll für die Förderung der Sonnenenergie, würde der Stadtrat selbstverständlich einen solchen Antrag seriös prüfen und im Sinne des Parlamentsbeschlusses einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten.

Roger Sonderegger dankt dem zuständigen Stadtrat für die Antwort. Es ist vielleicht der Nachteil bei diesem Prozess, wie er jetzt gelaufen ist, dass man halt dadurch noch keine gefestigte Meinung hat. Damit müssen wir leben. Roger Sonderegger möchte folgendermassen Stellung nehmen: Die CVP-Fraktion wird den Rückweisungsantrag mehrheitlich unterstützen. Wichtig ist der CVP aber, dass das nicht als wortgemässer Auftrag verstanden wird, sondern als sinngemässer Auftrag.

So wie es auch Korintha Bärtsch gemeint hat, erstens im Sinn der Fokussierung auf Solarstrom, und zweitens im Sinne einer Zielformulierung, und drittens im Sinn einer machbaren Lösung. Das sind für die CVP die wesentlichen Elemente. In diesem Sinn würde die CVP den Rückweisungsantrag unterstützen.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl: Es liegt ein Rückweisungsantrag auf Überarbeitung vor.

In der Abstimmung wird der B+A 27/2014 zur Überarbeitung zurückgewiesen.

3. Bericht 28/2014 vom 22. Oktober 2014: Integrationspolitik der Stadt Luzern

Kommissionspräsidentin Lisa Zanolli-Kronenberg: Die Bildungskommission hat an ihrer Sitzung vom 20. November 2014 den Bericht 28/2014: „Integrationspolitik der Stadt Luzern“ beraten und diskutiert. In diesem Bericht zeigt und informiert der Stadtrat den Grossen Stadtrat über den aktuellen integrationspolitischen Kontext der Stadt Luzern sowie über die neue Vision, die Wirkungsziele, Umsetzung und Ressourcen der Integrationspolitik.

Der Stadtrat schlägt dem Grossen Stadtrat die zustimmende Kenntnisnahme vom Bericht vor. Mehrheitlich wurden zum Bericht aus den Fraktionen positive Voten ausgesprochen. Man merkt im Bericht, dass die Form der Integration eine besondere Herausforderung darstellt. Der Bericht liegt vor, weil der Kanton ein neues Integrationsprogramm hat und mit der Stadt eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen hat. Positiv zu erwähnen ist, dass es vorerst keine Stellenerhöhung gibt. In der Kommission gab es aber auch Stimmen, welche sich fragten, aus welchen Gründen ein solcher Bericht erstellt worden ist. Auch kritische Worte sind gefallen, weil man der Ansicht ist, dass es einen solchen Bericht nicht braucht, da der grösste Teil der Integration heutzutage erfahrungsgemäss unter den Menschen schon stattfindet und eidgenössisch festgelegt ist. Nach intensiver Detailberatung hat die Bildungskommission den Bericht 28/2014 einstimmig zustimmend zur Kenntnis genommen.

EINTRETEN

Martina Akermann: Zuerst einmal ein grosses Dankeschön an die Verfassenden! Der Bericht und die zugehörigen Akten geben einen guten, und manchmal auch einen etwas allgemeinen Überblick über die nationale, kantonale und städtische Integrationspolitik. Er gibt auch einen guten Überblick über die Aktivitäten im Bereich Integration im Gebiet der Stadt Luzern. Es ist wirklich bemerkenswert, was hier mit den relativ geringen Mitteln alles erreicht wird. Und auch, was die Zivilgesellschaft in der Stadt Luzern, häufig in ehrenamtlicher und Freiwilligenarbeit, dazu beiträgt.

Der Bericht liefert aber auch wichtige Zahlen und Fakten zu den Neuzuziehenden in der Stadt Luzern. Nur ein Beispiel: Dass über 40 % der ständigen Wohnbevölkerung erst in den letzten 10 Jahren nach Luzern zugezogen ist. Das macht einem einmal mehr bewusst, wie schwammig der Begriff „Luzerner“ / „Luzernerin“ doch eigentlich ist... Oder, dass rund 25 % der Wohnbevölkerung in der Stadt Luzern keinen Schweizer Pass hat. Es stimmt uns schon nachdenklich, dass die Stadt – respektive die Politik – rund einem Viertel ihrer Wohnbevölkerung das politische Mitbestimmungsrecht weitgehend verweigert und dass die Stadt damit klar zum Ausdruck bringt, dass die Meinungen von Menschen ohne Schweizer Pass hier nicht gefragt sind. Aber abgesehen davon überzeugt uns die Strategie der städtischen Integrationspolitik mit ihrer positiven Vision von einer kulturell vielfältigen, weltoffenen Stadt, wo ein respektvolles Zusammenleben gepflegt wird.

Auch die im Bericht erwähnten Wirkungsziele sind gut ausgewogen. Inhaltlich richtig und auch wichtig erscheint uns die Stossrichtung, dass Integrationspolitik immer alle Beteiligten erfassen soll und dabei nicht nur die Zuziehenden und ihre Pflichten in den Fokus nimmt, sondern auch die Alteingesessenen. Dass auch diese ihren Beitrag zu leisten haben, damit die Integration dann schlussendlich auch funktioniert. Aber gerade diese Form von Integrationsarbeit ist besonders

schwierig: Noch immer haben viele Zuziehende mit Migrationshintergrund mit Vorurteilen und Diskriminierung vonseiten derjenigen mit Schweizerpass zu kämpfen, sei es bei der Jobsuche, oder auch im Alltag. Der alltägliche Rassismus in der Schweiz ist immer noch ein Tabu, obwohl er gerade in den letzten Tagen wieder einmal erstaunlich offen in den Medien gezeigt worden ist. Und damit ist er auch umso schwieriger anzupacken. Da sind die Aktivitäten und Dienstleistungen der Fachstelle für Integration und ihre Projektfördertätigkeit ein guter Beitrag. Der Mix der Angebote und Massnahmen erscheint uns sinnvoll. Gut finden wir, dass dabei ein grundsätzlich positiver Umgang mit der Integration – im Gegensatz zu den Medien und der Politik – gepflegt wird. Besonders am Herzen liegt uns dabei die Stärkung der Integrationsangebote und -Netzwerke, und dass sich hier die Zuziehenden auch aktiv einbringen können. Schön, dass die Leistungsvereinbarung mit dem Kanton genau da ansetzt: Sie bringt der Stadt – fast analog zur Kulturgenda – mehr Mittel für die lokale Projektförderung respektive mehr Gestaltungsspielraum. Mehr Mittel werden ja in Zeiten des Sparens zwar eben nicht eingesetzt, obwohl es gerade im Bereich der Integration so wichtig wäre.

Die SP/JUSO-Fraktion wird auf den Bericht eintreten und ihn zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der städtischen Integrationsbeauftragten, Sibylle Stolz, für den Bericht, den wir in seiner Fülle sehr begrüsst haben. Es mag durchaus kritische Stimmen gegeben haben zu diesem Bericht. Für uns ist das aber ein zentrales Anliegen in der Stadt Luzern. Martina Akermann hat es vorher erwähnt, auch in Anbetracht des Anteils der ausländischen Wohnbevölkerung in der Stadt Luzern. Wir sind im Gegenteil stolz darauf, dass wir als Stadt eine städtische Integrationsbeauftragte haben mit einem Team. Der Bericht beschreibt das ganze Spektrum an Arbeit und Aktionen der letzten Jahre, eigentlich sogar von fast zwei Jahrzehnten. Besonders hervorheben möchte die GLP-Fraktion, dass dieser Bericht auch aufzeigt, dass Integration nicht einfach problembeladen ist, sondern im Gegenteil auch eine positive Seite hat und für die Stadt Luzern eine Chance ist. Dieser wird jetzt auch gezielt nachgegangen. Der Neuzuzügerapéro dient nicht nur einfach der genau so wichtigen Begrüssung, sondern vor allem der Information und der Vernetzung. So, dass die Migrantinnen und Migranten verstärkt aktiv eingebunden werden können, etwa in den Freiwilligen-Angeboten, damit sie Aufgaben und Funktionen für Luzern übernehmen können. Integration – das steht mehrmals in diesem Bericht – geht uns alle an. Also die Eingesessenen und die Zugewanderten. Sehr positiv möchten wir hervorheben, dass die Projektförderung aus einer Hand kommt. Der Kanton schätzt, ebenso wie die GLP, die Bemühungen der Stadt, der Integrationsbeauftragten und ihrem Team. Der Kanton zeigt sein Vertrauen mit der Delegation von Aufgaben, wie auch des Budgets an die städtische Integrationsbeauftragte, damit die Projektförderung wirklich und gezielt aus einer Hand kommt. An dieser Stelle möchten wir Sibylle Stolz und ihrem Team einen grossen Dank aussprechen für ihre Arbeit in den vergangenen 19 Jahren.

Sehr interessant ist zudem die Übersicht, wer aus welcher Nation in den letzten Jahren zugewandert ist, und vor allem auch wo, in welchem Stadtteil sie sich niederlassen. Wie auch die Tatsache, dass 40 Prozent der Zugezogenen erst in den letzten Jahren nach Luzern gekommen sind. Insgesamt ist dieser Bericht ausführlich und bietet eine sehr gute Übersicht und verdient damit höchste Würdigung. Auch gerade deshalb, weil trotz zusätzlicher Aufgaben und der knappen Finanzlage auf eine zusätzliche Stelle verzichtet wird. Es wird versucht, mit dem bestehenden Team die bisherigen und zusätzlichen Aufgaben zu erledigen. Abschliessend möchte der Sprechende nochmals betonen, dass die Integration für die GLP eine sehr wichtige Aufgabe ist. Es ist

ein wichtiges Thema, und vor allem ist es eine städtische Aufgabe, welche weiterhin höchste Priorität geniessen sollte.

Die GLP-Fraktion ist für Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme.

Sandra Felder-Estermann: Besten Dank an alle involvierten Personen, welche diesen Bericht erarbeitet, verfasst haben, und vor allem diesen Integrationsbericht auch leben. Dieser Bericht liegt uns vor, weil der Kanton jetzt ein Integrationsprogramm hat und mit der Stadt eine Leistungsvereinbarung macht. Die FDP-Fraktion fragt sich, wieso nicht auch noch andere Gemeinden ebenfalls eine solche Leistungsvereinbarung mit dem Kanton abschliessen. Eine weitere, geeignete, und ebenfalls sehr erfahrene Gemeinde wäre doch auch Emmen? Vielleicht kann uns der Stadtrat dazu bereits noch etwas sagen.

Unsere Fraktion hat sich sehr intensiv mit diesem Bericht auseinandergesetzt. Auch das entsprechende Kommissionsprotokoll haben wir ebenfalls ausgewertet. Wir haben jedoch nicht nur über den Inhalt des vorliegenden Berichts diskutiert, viel mehr haben wir noch diskutiert, was aus unserer Sicht in diesem Bericht ebenfalls noch enthalten sein sollte. So wie der Bericht jetzt vorliegt, sind wir letztlich zum Schluss und zur ganz klaren Ansicht, gekommen, dass er zu dünn ausgefallen ist. Deshalb vorweg, die FDP-Fraktion beantragt blosse Kenntnisnahme.

Klar, es wird uns versprochen, dass die zusätzliche Arbeit nicht durch eine Stellenaufstockung bewältigt wird und somit unser Budget auch nicht belastet wird. Wir fragen uns, wieso unsere Stadtkasse für das grosse Know-how, das die Stadt bereits schon hat, nicht entschädigt wird. Die Mehrarbeit wird durch Aufträge an Dritte abgedeckt. Die Stadt erhält vom Kanton gemäss Leistungsvereinbarung für die Koordination dieser neu geregelten Integrationsleistungen einen Betrag von 132'700 Franken und muss im Gegenzug weiterhin einen Beitrag von mindestens 145'000 Franken leisten. Das aber vorbehaltlich der jeweiligen Genehmigung des Voranschlags. Dieser Mindestbeitrag ist somit nur ein Wunsch vom Kanton, unser Stadtbetrag ist jedoch somit nicht in Stein gemeisselt – so die Aussage auf Seite 25. Dieser Vorbehalt ist absolut gerechtfertigt, denn schliesslich sind wir ja die einzige Gemeinde, welche eine solche Verpflichtung mit einem Mindestbeitrag hat.

Klar, vieles ist wirklich super in diesem Bericht und auch spannend zu lesen. Deshalb auch das klare Bekenntnis aus der Kommission. Zum Beispiel die Grafik mit der Aufteilung nach ausländischer Wohnbevölkerung nach Nationalitäten zeigt, welche Quartiere wie gefärbt sind. Zwar ist es eine Momentaufnahme per Ende 2013. Ende 2014 hat sich die Situation nämlich bereits wieder sehr verändert. Denn die aktuelle Flüchtlingspolitik zeigt auf, wie massiv der Einfluss der Weltpolitik auf Gemeinden wie Luzern ist. Das Verhältnis von Zu- und Abwanderung im Asylwesen hat sich in den letzten Monaten enorm verschlechtert. Eine echte Herausforderung, welche aber auf Bundesebene mitgesteuert werden muss – und wir Gemeinden müssen dann einfach mitmachen. Viele der vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge bleiben nämlich gerne in der Stadt Luzern. Ja, sie finden hier ihre Landsleute. Jedoch ein grosser Teil findet keine Arbeit. Ausgerechnet dort würde ja die meiste Integration aber stattfinden, nebst natürlich in der Schule. Eine steigende Zentrumslast kommt da auf unsere Gemeinde Luzern zu. Wo ist das im vorliegenden Bericht festgehalten?

Die Aufgaben der Schule sind in diesem Bericht sehr spärlich ausgefallen. Leider. Es heisst aber, dass die Chancengleichheit gegeben sein soll. Hinter diese Aussage macht die Sprechende persönlich ein Fragezeichen, weil unsere Schulen momentan extrem „sprachlastig“ sind. So wird der Übertritt von der Primar- an die Oberstufe für Anderssprachige sehr schwierig, trotz DAZ.

Für die FDP-Fraktion ist aber bereits der Titel „Integrationspolitik der Stadt Luzern“ etwas irreführend. Integriert sollte aus unserer Sicht wirklich Jeder werden. Wir haben ebenso eine Herausforderung bei den älteren Personen, auch müssten die verschiedenen Geschlechter genau gleich integriert werden können. Auch Menschen mit oder ohne Behinderung, egal aus welchem Land. Aber dieser Bericht befasst sich „nur“ mit den Artikeln 53 und 56 des Bundesgesetzes zum Integrationsauftrag für Ausländerinnen und Ausländer. Mehr finden wir trotz dem offenen Titel in diesem Bericht leider nicht.

Auch etwas schräg reingekommen ist uns die Aussage, dass mit 60 % die Masseneinwanderungs-Initiative von der Stadt klar abgelehnt wurde. Das heisst mit anderen Worten, 40 % der Stadt haben die Initiative gemäss schweizerischem Volks- und Ständemehr angenommen. Diese 40 % muss man ebenfalls ernst nehmen. Vielleicht finden diese 40 % auch, dass Migranten zwar eine Leistung von der Stadt in Anspruch nehmen, vielleicht aber ebenfalls eine Gegenleistung verlangt werden dürfte. Mit anderen Worten: Wer Rechte hat, hat auch Pflichten. Es ist ebenfalls absolut Tatsache, dass der Anteil Ausländer bei den Kriminellen leider sehr gross ist. Diese Schattenseite der Integrationspolitik ist weder unter dem Kapitel „Zahlen und Fakten“ noch bei den „Herausforderungen“ zu finden.

Das Thema Freiwilligenarbeit wird in diesem Bericht ebenfalls erwähnt. Das ist unseres Erachtens jedoch absolut zu klein herausgekommen. Es fehlt gänzlich der Bereich der Freiwilligenarbeit in den Quartiervereinen. Alles was freiwillig für das Quartier gemacht wird, kommt von Herzen. Eine Professionalisierung ist monetär gesteuert, sie soll und muss die Freiwilligenarbeit stärken und auf keinen Fall ersetzen. Uns ist auch bewusst, dass es zum Teil sehr schwierig ist, Leute zu motivieren, gratis Eigenleistung zu geben. Nicht nur einmalig, sondern wiederkehrend Zeit für andere zu investieren. Geld zu spenden ist einfacher, als Zeit zu schenken. Eigentlich ein passender Schlusssatz gerade vor Weihnachten.

Weil der Bericht für uns zu schlank ausgefallen ist, wird die FDP-Fraktion eintreten und für blosser Kenntnisnahme stimmen.

Reto Derungs: Im Gegensatz zu Sandra Felder-Estermann ist die CVP-Fraktion eigentlich recht dankbar, dass der Bericht schlank geblieben ist und nicht noch viel dicker wurde. Denn Sandra Felder-Estermann hat selber gesagt, dass in der Stadt Luzern sehr viele Integrationsleistungen erbracht werden. Integration ist etwas, das vor allem vom persönlichen Engagement abhängt, von denen die zuwandern, aber auch von denen, die da sind. Bei Organisationen, Vereinen und Quartieren in der Stadt wurde bisher sehr viel geleistet. Das alles aufzulisten, bringt uns nicht viel. Man hat uns in diesem Bericht, und auch in der Bildungskommissionsitzung gut erklären können, dass es nebst den Leistungen, die schon erbracht werden, durchaus auch eine Leistung der Stadt braucht, um das Ganze am Leben zu erhalten und zu unterstützen, wenn irgendwo einmal ein Verein oder eine Organisation nicht mehr weiterkommt. Die CVP-Fraktion ist der Meinung, dass man mit verhältnismässigem Aufwand eine gute Arbeit leistet und dass die Fachstelle Integration gut aufgestellt ist. Es macht daher auch Sinn, dass der Kanton diese Leistungsvereinbarung mit der Stadt abgeschlossen hat, weil in der Stadt die grösste Erfahrung vorhanden ist mit Internationalität und Heterogenität. Das unterstützen wir sehr.

Ebenfalls positiv ist, dass im Bericht die Vision noch einmal dargelegt wird: „Internationalität als Chance“. Wir sind eine Stadt, die offen sein will. Wir müssen die Chance sehen und nicht immer das Negative. Das sollte man positiv sehen. Daher wird die CVP-Fraktion den Bericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Dieter Haller: Der Bund gibt als gesetzlichen Auftrag vor: Die Integration hat in erster Linie über die Regelstrukturen zu erfolgen. Namentlich über die Schule, Berufsbildung, Arbeitswelt sowie über Institutionen der sozialen Sicherheit und des Gesundheitswesens. Die Stadt Luzern nimmt in der Integration eine sehr aktive Rolle ein. Leisten kann sie sich das allerdings nicht. Die Kosten laufen aus dem Ruder – respektive sie sind es schon lange. Das Ganze wird teilweise neu definiert und aufgebläht. Man schiesst deutlich über den gesetzlichen Auftrag des Bundes hinaus. Etwa, wie wenn man als Ziel Sursee hat, aber in Basel landet. Das, obwohl jedem hier im Saal hoffentlich klar sein dürfte, dass die Eigenreserven in den letzten zehn, fünfzehn Jahren von 150 Millionen auf Null zusammengeschrumpft sind. Ähnlich wie ein Mödeli Butter, das bei 30 Grad in der Sonne liegt.

Ist das die Gesellschaft von heute? Ist Schuldenmachen attraktiv? Müssen wir krampfhaft versuchen, die Ausländer zu integrieren, wenn sie nicht bereit sind, selber aktiv zu werden und die Basis – unsere Sprache – zu lernen? Die Schweiz ist ein Land, das angewiesen ist auf Fachleute. Sei es im Niedriglohnsegment, aber auch bei Hochqualifizierten. Kennen sie die Sprache und bringen die nötige Qualifikation mit, die gesucht wird, besteht eine gute Chance, dass man auch eine Arbeitsstelle findet. Fehlende Faktoren sind nicht die, welche wir suchen. Dann müssen sie halt wieder zurück in ihr Heimatland, oder anderswo ihr Glück versuchen. Aber genau solche sind da, und wir wollen sie integrieren. Auf Kosten der Bürger, auf Kosten der Steuerzahler. Diejenigen, welche wenig bis gar nichts zum Substrat beitragen, rufen am Lautesten: Integration, Integration. Integration ist in erster Linie eine Hol- und nicht eine Bringschuld.

Die SVP-Fraktion beantragt ablehnende Kenntnisnahme.

Luzia Vetterli möchte zum Votum der SVP nichts sagen, sie hat es nicht ganz verstanden. Es verwundert allerdings nicht, dass die SVP-Fraktion Ablehnung beantragt. Eingehen möchte die Sprechende kurz auf das Votum von Sandra Felder-Estermann, welches sehr fundiert gewesen ist, dem sie in vielen Punkten auch zustimmen kann. Man merkt, dass sich Sandra Felder-Estermann und die FDP-Fraktion mit dem Thema eingehend auseinandergesetzt haben. Zu zwei Punkten möchte Luzia Vetterli etwas Differenzierendes sagen: Zum einen, dass nämlich Leute mit F-Bewilligung keine Arbeit finden, oder oft arbeitslos sind. Das wird durch zwei Punkte begünstigt. In der Zentralschweiz sind die Arbeitgeber oft nicht bereit, jemanden mit einer F-Bewilligung anzustellen, weil sie nicht genau wissen, was das ist. Dabei sind das Leute, die hier bleiben werden und hier auch arbeiten dürfen. Da gäbe es auf Seiten der Arbeitgeber sicher noch Potenzial, damit man diese Leute auch integriert. Zum andern ist es im Kanton Luzern im Vergleich zu anderen Kantonen ausnehmend schwer, eine B-Bewilligung zu bekommen, wenn man eine F-Bewilligung hat. Das Gesetz sieht vor, dass man nach fünf Jahren, wenn man Integrationsbemühungen zeigt, eine B-Bewilligung erhält. Jedoch legt das Amt für Migration in Luzern das Gesetz derart streng aus, dass im Kanton Luzern praktisch niemand eine B-Bewilligung bekommt.

Sandra Felder-Estermann hat gesagt, dass Ausländer viel straffälliger seien als Schweizer. Dieser Satz stimmt so absolut nicht. Es erstaunt, dass Sandra Felder-Estermann, die sonst relativ differenziert gewesen ist, das einfach so in den Raum stellt. Wenn man die Statistik richtig auslegen kann, zeigt sich, dass die Ausländer nicht straffälliger sind als die Schweizer. Nur gibt es beispielsweise viel mehr junge Ausländer und auch viel mehr Männer. Entsprechend verzerrt das die Statistik. Dazu gibt es diverse kriminalistische Studien, welche Luzia Vetterli mit Sandra Felder-Estermann gerne einmal diskutieren möchte.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl bittet, die elektronischen Geräte nicht in der Nähe der Mikrofone zu deponieren oder sie auszuschalten, weil sie die Konferenzanlage erheblich stören.

Urban Frye: Die G/JG-Fraktion begrüsst den Bericht sehr. Er zeigt auf, was in der Stadt alles gemacht wird zur Integration. Viel wesentlicher aber ist, dass der Bericht auch aufzeigt, dass weit- aus der grösste Teil unserer Mitbewohnerinnen und Mitbewohner mit einem sogenannten Migrationshintergrund absolut keine Problemfälle sind und schon gar nicht kriminell. Man staunt manchmal im täglichen Leben, wenn man in der Stadt Luzern mit der Bevölkerung zu tun hat, wer denn so alles einen Migrationshintergrund hat. Urban Frye hat auch einen Migrationshintergrund. Er erinnert sich, dass der Polizist in die Schule kam, um zu schauen, ob er sich schweizerisch verhalte. Diese Zeiten sind jetzt zum Glück vorbei. Erinnern kann er sich auch, wie er als kleiner Bub mit der Familie ganz euphorisch zum ersten Mal in die erste Pizzeria in der Stadt Luzern an der Lädelistrasse gegangen ist. Heute ist die italienische Küche schon fast echte Schweizer Küche. Wenn Urban Frye zu seinen arabischen Freunden ins „Barbès“ geht, wird er im breitesten Schweizerdeutsch begrüsst. Es ist also mitnichten so, dass Menschen mit Migrationshintergrund mehrheitlich gar nicht bereit sind, zum Beispiel Deutsch zu lernen. Heute ist der Sprechende verheiratet; die Hälfte seiner Familie hat ebenfalls einen Migrationshintergrund und ist bestens integriert.

Urban Frye möchte zwei Punkte herausheben, die man in diesem Bericht noch etwas mehr hätte betonen können. Integration kann man nicht einfach an eine Fachstelle delegieren. Integration muss verwaltungsübergreifend gelebt werden. Das heisst, immer dort, wo die Verwaltung auf Bürgerinnen und Bürger trifft, muss sie auch integrativ wirken. Also auch die Polizei, das Steueramt, oder die Einwohnerkontrolle. Sie macht das auch. Zum Beispiel muss sich aber auch die Wirtschaftsförderung immer mit Integrationsfragen beschäftigen. Es ist so, dass tatsächlich viele Institutionen einen unverzichtbaren Teil zur Integration leisten. Das sind die Schulen, das sind kirchliche Institutionen mit ihren Freizeitangeboten. Das sind Quartiertreffs – und natürlich auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Solche Institutionen zu unterstützen, ist gut investiertes Geld. Der Sprechende bittet die andere Ratsseite, das bei der nächsten Spardebatte dann auch zu berücksichtigen. Dazu wird im Detail Ali R. Celik noch einen Antrag einbringen.

Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen beantragt Eintreten und zustimmende Kenntnisnahme.

Zurückkommend auf das Votum von Luzia Vetterli möchte **Sandra Felder-Estermann** Folgendes festhalten: Sie hat oftmals mit Stellensuchenden zu tun. Sie hat Menschen gerne, deshalb lädt sie zu Gesprächen – egal aus welchen Nationen – auch Menschen mit F-Bewilligungen ein. Wenn eine Person mit einer B-Bewilligung kommt, die ebenfalls Asylhintergrund hat, wird diese Person genauso eingeladen.

Wenn dann aber zum Beispiel steht, man müsse die deutsche Sprache verstehen und wenig Deutsch auch lesen können, kann es vorkommen, dass einem eine Person am Tisch gegenüber sitzt, die überhaupt nichts versteht. Die Sprechende hat schon einmal jemanden abgewiesen, weil diese Voraussetzung explizit gefordert ist. Genau deshalb haben es diese Leute schwierig. Wenn sie nicht richtig integriert sind – in erster Linie über die Sprache –, dann haben sie es einfach schwer. Auch wenn man als Arbeitgeber wohlwollend ist, auch wenn die Bereitschaft da ist. Man muss kein perfektes Deutsch haben – wer hat das schon, der nicht studiert ist? Aber, man

soll das auch wollen und mindestens Deutsch verstehen. Wenn jemand eine B-Bewilligung hat und schon jahrelang in der Schweiz lebt, sollte man das doch verlangen dürfen. Somit war das Gespräch inzwischen beendet. Die Sprechende würde das in Zukunft wieder so machen, und andere Arbeitgeber werden das ebenso machen.

Zu den Kriminellen: Das sind einfach Fakten, die im Bericht nicht aufgeführt sind. Wenn man die Gefängnisstatistiken anschaut, oder den entsprechenden Bericht jeweils hört, ist der Anteil der Inhaftierten, der Straffälligen recht hoch. Höher als der Anteil Ausländer in der Schweiz. Luzia Vetterli könnte der Sprechenden gerne noch weitere Fakten geben, die sie gerne in diesem Bericht gehabt hätte. Denn die hätten ja gerade das widerlegt. Aber das sind die Fakten, die viele so wahrnehmen, und auch so interpretieren. Das ist der Grund, weshalb sich die Sprechende dazu geäußert hat.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Was war das Ziel dieses Berichts? Diese Frage wurde verschiedentlich gestellt. Wir wollen dem Parlament aufzeigen, was gemacht wird, wie der Stand ist, und wie wir uns entwickeln. Es bestand nie der Anspruch, alles umfassend präsentieren zu können. Die Sprechende ist überzeugt, dass das Parlament sich nicht nur mit Verkehrsstrategie, Wirtschafts- und Sozialstrategie, sondern alle zehn Jahre auch mit Integrationspolitik auseinandersetzen sollte. In diesem Zusammenhang dankt die Sprechende für die grossmehrheitlich positive Aufnahme des Berichts. Sie möchte sich auch dem Dank anschliessen an Sybille Stolz und Madina Klassen, welche dieses Thema im Bereich Integration der Stadt Luzern sehr gut aufgearbeitet haben. Ebenfalls ein Dankeschön an den FDP-Stadtratskollegen Martin Merki. Er hilft mit seiner Sozialpolitik, dass wir auch betagte Leute integrieren können. Dass wir auch sozial schwache Mitmenschen integrieren können, dass wir auch Behinderte, die vielleicht nicht einmal der Sprache mächtig sind, integrieren können. Da ist die Stadt Luzern sicher auf einem ganz breiten Feld, wo keine Milchbüchlein-Rechnung gemacht werden kann. Integrationspolitik kann auch nicht mit Grafiken dargestellt werden.

Häufig redet man bei der Integration von Schwächeren von Leuten, die nichts können, von Leuten, die nichts haben. Wir sind klar der Meinung: Nein. Integration muss auch anders und höher gewichtet werden. Es gibt sogenannte „Expats“, Leute, die vielleicht nur für zwei Jahre oder weniger in dieser Stadt sind. Auch diese wollen wir integrieren. Wir haben festgestellt, dass diese Bevölkerungsgruppe auch mitmacht. Sie sind teilweise in der Integrationskommission sehr aktiv dabei. Sie helfen in Vereinen mit.

Integration ist eine Aufgabe für uns alle. Es gibt keine Zuweisung, ob Bringschuld/Holschuld. Die Bildungsdirektorin ist zuständig und hat dafür die Verantwortung. Sie dankt dem Parlament, wenn der Bericht zur Kenntnis genommen wird. Noch wunderbarer ist, wenn er zustimmend zur Kenntnis genommen wird.

Stefan Sägesser: Der Integrationsbericht hat keine Kriminalstatistik, keine Unfallstatistik, keine Schwangerschaftsstatistik. Nichts dergleichen. Es geht vielmehr um das, dass die Stadt und der Grosse Stadtrat vor zehn Jahren die Integrationspolitik ins Leben gerufen haben. Im Bericht gibt es zudem einen klar umschriebenen Leistungsauftrag. Er behandelt auch nicht primär das Thema Asylpolitik, sei es des Kantons oder der Stadt Luzern. Insofern ist der Sprechende erstaunt über die Aussagen von Sandra Felder-Estermann. Im Gegenteil zu ihr hat der Sprechende, und mit ihm die ganze GLP-Fraktion, an diesem Bericht sehr Freude gehabt, dass differenziert mit diesem Thema umgegangen wird. Es wird kein Ausländer-Bashing gemacht, sondern man reagiert dem-

entsprechend auf das, was passiert – im Positiven wie im Negativen. Die Stellungnahme der FDP-Fraktion tönt etwas wie in gewissen Boulevardblättern, die der Sprechende nicht ganz verstehen kann. In diesem Sinn möchte er nochmals betonen, wie gut er den Bericht findet, weil man hier wirklich versucht hat, eine ausgewogene Berichterstattung ohne Polemisierung zu bringen. Zu den Statistiken scheint Luzia Vetterli Spezialistin zu sein. Aber es gibt es auch an der Uni Luzern, oder an der Hochschule, differenzierte Auseinandersetzungen zum Thema Jugendkriminalität, es gibt Statistiken der Gefängnisbelegungen im Anteil der Wohnbevölkerung. Insofern sollte Luzia Vetterli ihr Angebot nutzen. Er dankt Sandra Felder-Estermann, die Äusserungen nicht allzu persönlich zu nehmen. Er ist trotzdem stolz auf diesen Bericht und bedankt sich nochmals bei Sybille Stolz und ihrem Team.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl stellt fest, dass der Rat auf den Bericht 28/2014 eingetreten ist.

DETAIL

Ali R. Celik möchte sich zuerst zu den Voten von Sandra Felder-Estermann und Dieter Haller äussern. Sie haben zwar aus ihrer Sicht die Schattenseite gezeigt. Das ist ihr Recht, das darf man natürlich zeigen. Aber keinen Ausweg, überhaupt, wie man es besser machen kann. Es gibt keinen Verweis darauf. Für Ali R. Celik ist hilfreich, dass Sandra Felder-Estermann die Schattenseiten der vorläufig Aufgenommenen erwähnt hat. Das ist genau das Thema: Die Schattenseiten der strukturellen Rahmenbedingungen. Das muss man auch richtig sehen. Dieter Haller hat gesagt, dass sich die Ausländer selber bemühen müssen. Der Sprechende hat in diesem Rat einmal ausführlich zu seiner Einbürgerung geredet. Das möchte er hier nicht wiederholen. Er wurde in diesem Zusammenhang zweimal von der Polizei – damals war das so – interviewt. Der Polizeibeamte hat die Arbeitgeberin angerufen und wollte wissen, wie Ali R. Celik arbeite usw. Seine Schlussbemerkung war, dass er so viel gemacht hätte, und er nun viel zu schreiben hätte. Das ist keine Ausnahme. Wenn man sich nur ein bisschen umschauchen würde, würde man sehen, was diese Leute wirklich machen und leisten. Es ist etwas pauschal und plakativ, sich nur mit der negativen Seite zu beschäftigen, aber keinen Ausweg zu zeigen.

Wir haben in der Gesamtplanung definiert, dass Integration alle Bevölkerungsgruppen betrifft. Auch in diesem Bericht werden Grundprinzipien der Integrationspolitik erläutert. Es ist die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gestalten. Gute Integration ist nur möglich, wenn die Bedingungen optimal sind. Dass sich die Stadt für gute Integrationsvoraussetzungen einsetzt, ist ja schon lange bekannt und dies ist lobenswert. Die Stadt kann aber nicht alleine alles machen, weil Integration eine komplementäre Aufgabe ist. Es braucht dazu noch den Bund, den Kanton und andere Akteure.

Der Sprechende weiss nicht, ob Sozialdirektor Martin Merki oder Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst dazu Auskunft geben würden. An dieser Stelle möchte er aber einen Verweis zu einem wichtigen und aktuellen Thema machen, welches mit dem Integrationshindernis wesentlich eng in Verbindung kommt. Der Regierungsrat hat als „Weihnachtsgeschenk“ entschieden – dies hat er auch vor zwei Jahren mit der Revision der Sozialhilfeverordnung getan –, vorläufig aufgenommene Personen im Kanton Luzern nicht mehr nach SKOS-Ansätzen, sondern diese mit dem Asylansatz des Bundes in der Wirtschaftlichen Sozialhilfe zu unterstützen. Diese Sparmassnahme bedeutet im Konkreten, dass die bedürftigen vorläufig aufgenommenen Personen bis 40 Prozent weniger Wirtschaftliche Sozialhilfe bekommen werden, und dies ohne Vorlaufzeit. So

bleiben sie, sofern sie von der Wirtschaftlichen Sozialhilfe abhängig sind, über Jahre unter dem gesetzlichen Existenzminimum. Diesen Schritt leitet der Regierungsrat als Sparmassnahme ein, trotz der Opposition der Mehrheit der Verbände, darunter der VLG, verschiedene Gemeinden sowie politischer Parteien von rechts bis links bei der Stellungnahme zur Revision des Sozialhilferechts. Auch in diesem Rat waren alle für das Beibehalten gemäss dem SKOS-Ansatz.

Wer sind sie vorläufig aufgenommenen Personen? Sandra Felder-Estermann hat vorher einiges dazu ausgeführt. Sie sind teilweise länger als zehn Jahre in der Schweiz und werden in Ausnahmefällen nach zehn Jahren Aufenthalt in der Schweiz von den Gemeinden unterstützt. Die 25-jährigen Erfahrungen in der Schweiz zeigen, dass über 95 Prozent der vorläufig aufgenommenen Personen in der Schweiz bleiben und dies teilweise mit dem gleichen Status. Also gibt es auch selten Statusänderungen.

Für die bessere Nutzung der Ressourcen von vorläufig aufgenommenen Personen wurde 2008 die Wirtschaftliche Sozialhilfe im Kanton Luzern gemäss den SKOS-Richtlinien eingeführt. Die aktuellen Zahlen kennt der Sprechende nicht. In den Unterlagen des Bundesamtes für Migration für das dritte und vierte Quartal 2012 zur Zahl der erwerbstätigen Flüchtlinge und vorläufig aufgenommenen Personen stellt man im Kanton Luzern im Gegensatz zum Schweizer Durchschnitt eine höhere Erwerbsquote bei den vorläufig aufgenommenen Personen fest. Zum Beispiel im vierten Quartal erreicht der Kanton Luzern 45,1 Prozent, im Gegensatz zum Schweizer Durchschnitt von 40,25 Prozent.

Fazit: Es ist nicht nur bedenklich, wie man mit Menschen umgeht, sondern vor allem, ob man diese Menschen, ihre Kinder und Jugendliche erwartungsgemäss integrieren könnte. Der Sprechende hofft, dass die Stadt Luzern trotz dieses Missstandes die Integration weiterhin fördert.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Das Problem, das Ali R. Celik angesprochen hat, ist uns bekannt. Sozialdirektor Martin Merki ist bereits daran, das Thema mit dem Kanton und mit den anderen Gemeinden zu behandeln. Es ist aber im Moment der falsche Rahmen, darüber zu diskutieren. Bei aller Ernsthaftigkeit, bei allem Verständnis, glaubt die Sprechende, dass man zurzeit mit diesem Thema etwas überfordert wäre, um auf dieses Votum umfassend Stellung nehmen zu können. Sozialdirektor Martin Merki wird das sicher zu gegebener Zeit machen.

Wenn man vom Parlament Auskunft möchte, gibt es die Möglichkeit eines Vorstosses. Aber jetzt in diesem Zusammenhang ist es etwas schwierig. Denn es geht nicht um Asyl, es geht nicht um Flüchtlinge, sondern es geht um die Integration aller Menschen hier in unserer Gesellschaft. Inhaltlich müssen wir uns in diesem Bericht mit diesem Thema befassen. Sozialdirektor Martin Merki wird sicher in der Sozialkommission näher darüber informieren, oder zu einer allfälligen Interpellation Stellung nehmen.

Ali R. Celik hat nicht erwartet, dass heute darüber eine Diskussion geführt wird. Er wollte einfach auf die Schattenseiten aufmerksam machen, dass es nicht nur immer an Ausländerinnen und Ausländern liegt, sondern teilweise an den strukturellen Rahmenbedingungen, dass man nicht vorwärtskommen kann. Der Sprechende kennt Personen, die seit fünfzehn Jahren in der Schweiz sind und noch immer „vorläufig aufgenommen“ sind. Wenn sie mit diesem Ansatz unterstützt werden, fragt sich: Was können sie erwarten, wenn sie sich voll und ganz bemühen, damit sie sich integrieren können? Denn die Bedingungen stimmen nicht. Das wollte der Sprechende mit seinem Votum markieren.

Ali R. Celik: Die G/JG-Fraktion findet die Formulierung zum Diversity-Management richtig, aber sie ist suboptimal formuliert. Deshalb beantragt die Fraktion folgende Formulierung:

Förderung Diversity-Management in der Verwaltung und in allen Arbeitsbereichen der Stadt.

Begründung: Dass im Bericht Integrationspolitik der Stadt Luzern das Thema Diversity-Management aufgenommen wird, begrüßen wir sehr. Es ist wichtig, die Vielfältigkeit als Ressource aufzunehmen und diese als Vorteil für beide Seiten zu nützen und eine win-win-Situation zu schaffen. Diversity-Management ist durch ihre Verankerung in Betrieben und Organisationen auch in der Wirtschaft ein Thema und nicht nur in der Verwaltung. Es ist in der Öffentlichkeit ein Bekenntnis zu Toleranz und Vielfalt. An dieser Stelle soll man es nicht nur im Zusammenhang mit der Integration von Migrantinnen und Migranten verstehen, sondern als eine personalpolitische Strategie der Stadt, die beispielsweise eine Chancengleichheit für Frauen oder behinderte Menschen ermöglichen könnte. Deshalb wäre es wichtig, dem neu formulierten Ansatz zuzustimmen. Dabei geht es um eine Ergänzung bei der dritten Aufzählung.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst hofft, dass sie hier helfen kann. Gemeint ist ganze Verwaltung. Hierbei geht es auch um Chancengleichheit und um Gleichstellung. Gestern hat der Stadtrat das Programm für die Chancengleichheit/Gleichstellung verabschiedet. Dort ist alles noch ausführlicher umschrieben. Dieses Programm wird dem Parlament noch zugestellt. Wenn man hier etwas anfügen möchte, müsste das mit einer Protokollbemerkung geschehen, weil man den Text in einem Bericht nicht anpassen kann.

Ali R. Celik: Wenn alles gemeint ist, heisst das die Verwaltung und die Arbeitsstrukturen? Der Sprechende hat nicht gewusst, dass zum Beispiel der Gartenbereich auch als Verwaltung gilt. Wenn dem so ist, ist das gut. Aber es sollte nicht „Unterstützung“, sondern „Förderung“ heissen.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Die Stadtverwaltung besteht aus allen Personen, die bei der Stadt arbeiten. Es sind alle Angestellten, seien es Lehrer oder Stadtgärtner. Die Angestellten im Pflegebereich sind ab nächstem Jahr selbstverständlich nicht mehr bei der Stadt, sondern bei Viva Luzern. Das Wort Verwaltung ist altmodisch. Es wird viel weniger verwaltet, es wird viel mehr gestaltet. Zum Beispiel bei der Gärtnerei.

Ali R. Celik versteht, dass mit Verwaltung alles gemeint ist. Aber er möchte trotzdem eine Umformulierung beantragen. Der Vorschlag für die Protokollbemerkung wäre, dass beim dritten Punkt „Unterstützung“ durch „Förderung“ ersetzt wird.

Theres Vinatzer möchte darauf hinweisen, dass man in einem Bericht den Text nicht abändern kann. Wenn man inhaltlich etwas anderes möchte, als das was gemeint ist, kann man dem Stadtrat nur Vorschläge mitgeben.

Die Protokollbemerkung der Fraktion der Grünen und Jungen Grünen wird vom Rat abgelehnt.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl: Es liegt ein Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme vor. Ebenfalls liegt ein Antrag auf blosser Kenntnisnahme vor. Die beiden Anträge werden einander gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag der Bildungskommission auf zustimmende Kenntnisnahme gegenübergestellt.

In der ersten Abstimmung obsiegt der Antrag auf blosser Kenntnisnahme.

In der zweiten Abstimmung nimmt der Rat den Bericht 28 zustimmend zur Kenntnis.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht 28 vom 22. Oktober 2014 betreffend

Integrationspolitik der Stadt Luzern,

gestützt auf den Bericht der Bildungskommission,

in Anwendung von Art. 27 Abs. 2 und 3 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999 und von Art. 52 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

Vom vorliegenden Planungsbericht wird zustimmend Kenntnis genommen.

4. Bericht und Antrag 30/2014 vom 22. Oktober 2014: Abschreibung von Motionen und Postulaten

EINTRETEN

Kommissionspräsidentin Luzia Vetterli: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 20. November 2014 den Bericht und Antrag 30/2014 beraten. Die GPK empfiehlt, die Motionen und Postulate abzuschreiben, mit Ausnahme der folgenden Ziffern: 1, 4, 5, 13, 18, 22.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl stellt fest, dass der Rat ohne Wortbegehren auf den Bericht und Antrag 30/2014 eingetreten ist.

DETAIL

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Zu Ziff. 1 bis 6 gibt es keine Wortbegehren.

Ziffer 7 - Motion 93 2010/2012

Laura Kopp: Die Motion 93 von Manuela Jost, namens der GLP-Fraktion vom 29. Juli 2010 scheint eine etwas unbeliebte Geschichte zu sein für den Stadtrat. Er hat schon damals gefunden, er hätte lieber ein Postulat als eine Motion. Aber gleichwohl wurde die Motion überwiesen. Im letzten Jahr hat man versucht, die Motion in diesem Bericht und Antrag abzuschreiben. Schon damals hatte die GLP-Fraktion einen Antrag auf Nicht-Abschreibung gestellt. Das Gleiche macht sie auch heute wieder. Denn die Motion 93 ist aus unserer Sicht trotz der Energie- und Klimastrategie und dem Wirtschaftsbericht noch nicht erfüllt. Die Motion hat einen Bericht gefordert, welcher drei Punkte beinhaltet. Diese sind nach unserer Meinung nach wie vor nicht erfüllt. Der Bericht müsste aufzeigen, wie man die Förderung zur Ansiedlung von Cleantech-Firmen in der Stadt berücksichtigt; wie die Kriterien und Rahmenbedingungen für die Ansiedlung von Firmen aussehen; wie die Förderung von Cleantech-Unternehmen in der revidierten BZO ausgewiesen wird. Alle diese Punkte haben wir bis jetzt noch nicht auf Papier gesehen.

Dem Antrag der GLP-Fraktion, die Motion 93 2010/2012 nicht abzuschreiben, wird in der Abstimmung mit 22 : 18 Stimmen zugestimmt.

Zu Ziff. 8 bis Ziff. 17 gibt es keine Wortbegehren.

Ziff. 18 – Postulat 106 2012/2016

René Peter: Die FDP-Fraktion stellt den Antrag, Postulat 106 abzuschreiben.

Der Rat lehnt den Antrag der FDP-Fraktion auf Abschreibung des Postulates 106 ab.

Zu Ziff. 19 bis Ziff. 24 gibt es keine Wortmeldungen.

II.–IV. Verlängerung der Erledigungsfrist

Zu Ziff. II.1., Ziff. II.2., Ziff. II.3. gibt es keine Wortbegehren.

Antrag

- I. In der Abstimmung stimmt der Rat der Abschreibung der aufgeführten Vorstösse zu, mit Ausnahme der Ziffern 1, 4, 5, 7, 13, 18, 22.**
- II. Der Rat stimmt der Verlängerung der Erledigungsfrist der aufgeführten Vorstösse zu.**
- III. Der Rat stimmt der Verlängerung der Erledigungsfrist der aufgeführten Vorstösse zu.**
- IV. Der Rat stimmt der Verlängerung der aufgeführten Vorstösse zu.**

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 30 vom 22. Oktober 2014 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

- I. Die Motionen und die Postulate gemäss I., Ziffern 1–24, werden abgeschrieben.
Ausgenommen: Ziff. 1, 4, 5, 7, 13, 18, 22.
- II. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–8, wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
- III. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–2, wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
- IV. Die Erledigungsfrist der Motionen und der Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–7, wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

5. Bericht und Antrag 29/2014 vom 22. Oktober 2014: Abrechnung von Sonderkrediten

Ratspräsident Jörg Krähenbühl: Rieska Dommann tritt in Ausstand, weil die Firma Martinelli + Menti AG bei einzelnen Projekten beteiligt gewesen ist. Die Kommissionspräsidenten können sich zu Wort melden, wenn das gewünscht ist.

EINTRETEN

Baukommissionspräsident Reto Kessler: In der Baukommission wurden Ziff. 1.2, 1.5, 1.6 und 2.1 geprüft. Die Baukommission nahm zur Kenntnis, dass mit den Finanzen sorgsam umgegangen wird, weshalb es auch keine grossen Diskussionen gab. Rieska Dommann war bei der Behandlung dieser Punkte in der Kommissionssitzung ebenfalls im Ausstand.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl stellt fest, dass der Rat auf den B+A 29/2014 eingetreten ist. Die Behandlung im Detail erfolgt kapitelweise.

DETAIL

1. Abrechnung der Baudirektion

Keine Wortbegehren.

2. Abrechnung der Direktion Umwelt, Verkehr und Sicherheit

Keine Wortbegehren.

3. Abrechnung der zur Abrechnung gelangenden Sonderkredite.

Keine Wortbegehren.

Antrag

Der Rat genehmigt einstimmig die vorgelegten Sonderkredite.

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 29 vom 22. Oktober 2014 betreffend

Abrechnung von Sonderkrediten,

gestützt auf den Bericht der Baukommission (Ziff. 1.2, 1.4–1.6 und 2.1), der Sozialkommission (Ziff. 1.7) und der Geschäftsprüfungskommission (Ziff. 1.1 und 1.3), in Anwendung von Art. 69 lit. b Ziff. 8 der Gemeindeordnung der Stadt Luzern vom 7. Februar 1999,

beschliesst:

Die vorgelegten Abrechnungen über Sonderkredite werden genehmigt.

6. Interpellation 192, Martina Akermann namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 13. Mai 2014:

Medikamentenabgaben in Luzerner Heimen einst und heute

Martina Akermann wünscht eine kurze Erklärung. Sie möchte dem Stadtrat den Dank aussprechen für seine Antwort. Auch dass der Stadtrat den Wunsch aufnimmt, zukünftig die Medikamentenabgaben – vor allem der Psychopharmaka – in den Heimen weiterzuverfolgen.

Somit ist die Interpellation 192 beantwortet.

- 7. Interpellation 198, Ali R. Celik namens der G/JG-Fraktion sowie Max Bühler und Theres Vinatzer namens der SP/JUSO-Fraktion, vom 26. Mai 2014:
Mangel an Pflegepersonal und Auswirkungen der SVP-Initiative „Gegen Masseneinwanderung“ auf die Pflegeversorgung der Stadt Luzern?**

Ali R. Celik möchte eine kurze Erklärung abgeben. Es wäre eine falsche Annahme, wenn man denken würde, nach der Umsetzung der Initiative würden sich die Bedingungen nicht ändern. Von daher wollten wir eigentlich mit unserer Interpellation Aufmerksamkeit gewinnen. Wir sind zwar mit der Antwort des Stadtrates nicht ganz einverstanden. Aber wenn der Zeitpunkt kommt und Bedarf besteht, werden wir uns wieder melden, weil die Pflegeversorgungs- und Pflegegestaltungsaufgabe nach wie vor Aufgabe der Stadt ist.

Somit ist die Interpellation 198 beantwortet.

- 8. Postulat 218, Adrian Wassmer und Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 4. September 2014:
Bedarfsgerechtes WLAN an der Volksschule**

Ratspräsident Jörg Krähenbühl: Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen. Er beantragt die gleichzeitige Abschreibung des Postulates.

Der Rat stimmt der Überweisung und gleichzeitigen Abschreibung des Postulates 218 zu.

- 9. Interpellation 201, Lisa Zanolli-Kronenberg und Adrian Wassmer namens der SVP-Fraktion, vom 4. Juni 2014:
Offene Fragen zur „Salle Modulable“**

Lisa Zanolli-Kronenberg wünscht Diskussion.

Der Diskussion wird stattgegeben.

Lisa Zanolli-Kronenberg: Die Interpellanten danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Gerne nehmen sie zur Kenntnis, dass es dem Stadtrat – wenn man seine Antwort zwischen den Zeilen liest – auch nicht unbedingt wohl ist, dass der Frauenanteil an unseren Schulen so hoch ist. Denn der hohe Frauenanteil und die vielen Teil- und Kleinpensen stehen in einem unmittelbaren Zusammenhang. Das lässt sich ja kaum abstreiten. Denn genau diese vielen Kleinpensen sind problematisch. Warum das so ist, hat der Stadtrat in seiner Antwort selber geschrieben. Und es ist schon verrückt, sogar bei der Sekundarstufe haben wir heute einen Frauenanteil von über 80 Prozent. Wenn wir jetzt den Steilpass dort aufnehmen, und auf die Gender-

Strategie setzen, ist es doch fraglich, wo die Ausgewogenheit liegt. Bei einem 12prozentigen Männeranteil ist diese Äusserung des Stadtrates nachvollziehbar. Gerade für Buben in den Schulklassen ist das doch problematisch. Man wächst vielleicht in einer Familie auf, wo kein Vater mehr da ist, und es gibt auch in der Schule keine Männer. Die erste männliche Bezugsperson ist dann erst wieder in der Lehre. Das ist für die Persönlichkeitsentwicklung der Buben, die zu jungen Männern werden, nicht gerade förderlich. Wir begrüssen jedenfalls, dass der Stadtrat sich dieses Problems bewusst annimmt und hoffen, dass er auch aktiv in Zukunft daran mitarbeitet, dass der Anteil an Männern in den Lehrberufen sich mittelfristig wieder erhöht.

Noëlle Bucher: Die G/JG-Fraktion findet die Fragen der Interpellation teilweise berechtigt. Die Sprechende möchte zu drei Punkten kurz Stellung nehmen. Allgemein zur Lehrpersonenknappheit: Die Schulleitungen haben nicht das Problem, dass sie zu wenig Personal haben. Sie haben das Problem, dass sie zu wenig adäquat ausgebildetes Personal haben. Die Situation ist besonders bei den schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen prekär, was vor allem auf die Einführung der Integrativen Förderung zurückzuführen ist. Zu den Kleinstpensen: Die Frage, ob es sinnvoll wäre, Kleinstpensen einfach abzuschaffen, ist aus Sicht der Sprechenden ziemlich dreist. Vielen Frauen, und auch Männern, ermöglichen solche Pensen nach einer Familienpause den Wiedereinstieg in den Beruf. Noëlle Bucher würde von der Interpellantin gerne wissen, was sie mit dieser Frage bezweckt. Sollten Frauen bzw. Mütter besser gar nicht mehr arbeiten gehen? Dann wäre der Lehrermangel vorprogrammiert und definitiv ein selbstgemachtes Problem. Natürlich ist es so, dass an einer Klasse möglichst wenige Lehrpersonen unterrichten sollten. Unterschiedliche Entwicklungen führen aber automatisch dazu, dass die Lernenden im Unterricht mit unterschiedlichen Bezugspersonen konfrontiert werden. Wegen der IF braucht es schulische Heilpädagogen. Das sind zum Teil an kleineren Schulen nur ganz wenige Lektionen. Aus pädagogischer Sicht macht es viel mehr Sinn, die wenigen Lektionen, das heisst, das kleine Pensum, einer ausgebildeten IF-Lehrperson zu übertragen, statt einer nicht adäquat ausgebildeten Klassen- oder Fachlehrperson, nur um dieser ihr Pensum zu erhöhen. Und wie der Stadtrat erwähnt, haben nicht alle Primarlehrpersonen die Berechtigung, alle Fächer zu unterrichten. Das bezieht sich vor allem auf diese Lehrpersonen, die an der PH ihr Studium absolviert haben. Da stellt sich die Frage, ob nicht auch bei der Ausbildung etwas angepasst werden müsste, dass der Lehrpersonenberuf wieder als Generalistenberuf konzipiert würde. Zum Schluss zur Männerförderung: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen sieht das ähnlich wie die Interpellantin. Wir fänden es auch schön, wenn mehr Männer an der Volksschule unterrichten würden. Deshalb sind wir sehr erfreut, dass die Stadt dort Massnahmen umsetzen wird. Die Sprechende ist allerdings davon überzeugt, dass dadurch das Problem der Kleinstpensen, wie es von der SVP genannt wird, sicher nicht gelöst werden kann.

René Meier: Zuerst einmal dürfen wir aufgrund der Antwort des Stadtrates erfreut feststellen, dass die Stadtschulen keine generelle Lehrpersonenknappheit kennen, und dass sie als attraktive Arbeitgeberinnen gelten. Die Diskussion um die Teilzeitstellen oder auch Kleinstpensen gibt es schon länger, das ist nicht neu. Sie sind aber einfach das Ergebnis der Spezialisierung der Lehrpersonen. Denn heute gibt es die Generalistinnen und Generalisten nicht mehr. Andererseits ist es auch eine gesellschaftliche Entwicklung, wie Fachkräftemangel, Wiedereinstieg oder auch Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Teilzeitstellen an der Volksschule sind eine schlichte Notwendigkeit, weil es nicht für alle Funktionen, für alle Fächer, in jedem Schulhaus ein Vollpensum

gibt. Insbesondere nicht bei den Fachlehrpersonen. Dann ist es sicher besser, eine Lehrperson in einem Teilzeitpensum, vielleicht sogar in einem Kleinstpensum, anzustellen, als die Stelle gar nicht besetzen zu können. Teilzeitstellen sind aber auch eine Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Diese Vereinbarkeitslösungen werden heute auch in der Privatwirtschaft unter dem Druck des Fachkräftemangels stark gefördert. Hier haben die Schulen schon immer eine Vorreiterrolle übernommen. Es ist klar, dass Teilzeitpensen einen gewissen administrativen Mehraufwand bringen, für Führende und für Mitarbeitende. Der Sprechende kann das aus langjähriger, eigener Erfahrung hier beitragen. Auf der anderen Seite aber sind diese Lehrpersonen meistens hochmotiviert, haben eine hohe Arbeitszufriedenheit, Einsatzbereitschaft und Flexibilität. Das macht die administrativen Mehraufwände mehr als wett. Das hat heute auch die Wirtschaft schon erkannt und anerkannt.

Hinsichtlich dieser Teilzeitstellen ist entscheidend, dass die Schulhausleitung die richtige Zusammensetzung ihres Lehrpersonenteams aufgrund ihrer Bedürfnisse und des Stundenplans pflegen kann. Also ist es letztlich Aufgabe der Schulleitung. Sie muss festlegen, wie viele Teilzeitpensen sie braucht, und auch, wie viel in der Führung und in der Organisation verkraftbar ist. Das Problem, dass vor allem Männer als Lehrpersonen in der Primarschule fehlen, ist erkannt. Das kann aber nicht von der Stadtschule gelöst werden. Das ist ein kantonales, oder auch ein gesellschaftliches Problem. Offensichtlich sind andere Berufe heute für junge Männer attraktiver. Das hat auch viel zu tun mit Berufsimagen, mit Aufstiegschancen, mit der Entlohnung. Der Sprechende denkt, dass gerade in den letzten zehn bis zwanzig Jahren die Politik und die Gesellschaft viel dazu beigetragen, die frühere Attraktivität des Lehrberufs sukzessive zu reduzieren.

Sandra Felder-Estermann: Die Antwort zu lesen, war sehr interessant. Wie aber bereits schon festgestellt, Fazit ist, dass in der Stadt Luzern keine Lehrpersonenknappheit herrscht. Wo Menschen arbeiten, kommt es immer wieder zu Kündigungen und in einem gesunden Mass ist das auch gut so. Die jetzige, aktuelle Homepage der offenen Stellen der Lehrpersonen der Volksschule der Stadt Luzern ist definitiv noch nicht überfüllt. Also ist die Antwort noch immer korrekt. Dass der Lehrerberuf immer mehr zu einem typischen Frauenberuf wird bzw. bereits ist, ist sehr schade. Das Bild der Lehrerinnen und Lehrer hat sich in den letzten Jahrzehnten enorm gewandelt. Die Wertschätzung und Achtung in der Bevölkerung ist gesunken. Vielleicht ist es gerade das, was die Männer mehr brauchen als die Frauen. Darum gibt es vielleicht weniger Männer im Lehrerberuf. Dazu kommen noch viele Vorschriften und Reglemente, die eingehalten werden müssen. Es ist zum Teil eine absolute Überorganisation, unter welcher die Lehrer leiden müssen. Das schadet letztlich dem Lehrerberuf ebenfalls. Zusätzlich hat ein Grossteil der Bevölkerung das Gefühl, sie seien die eigentlichen Experten und Expertinnen, schliesslich seien sie auch einmal in die Schule gegangen. Das macht die Eltern-Zusammenarbeit, aber auch die Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Schulwesen sehr bemühend.

Zum Schluss noch Eines: Es liegt an Jedem von uns hier im Saal, weniger Experte zu sein, mehr Vertrauen ins Schulwesen zu haben, und so den heutigen Lehrerinnen und Lehrern ein besseres Image zu schaffen. Denn das ist unsere Zukunft, und dort sollten wir Werbung machen.

Stefan Sägesser: Die GLP-Fraktion würde sich gerne dem Votum von Sandra Felder-Estermann anschliessen. Vor allem mit dem Schlussvotum betreffend Renommée, Anerkennung des Lehrberufs. Die Grünliberale Fraktion dankt aber auch den Interpellanten für die Fragestellungen, welche schriftlich so noch nie gestellt wurden. Und vor allem noch nie so beantwortet wurden.

Es gibt auch hier einen guten Überblick mit dem Grundthema, das angesprochen wurde: Wie bringen wir die Männer zurück an die Schule? Auch für die GLP-Fraktion wäre es ein wichtiger Punkt, dass es in den Primar- und Sekundarstufen mehr männliche Vertreter hätte. Aber mit der Antwort des Stadtrates ist die GLP-Fraktion sehr zufrieden.

Bildungsdirektorin Ursula Stämmer-Horst: Gestern erschien die Zeitung „Bildung Schweiz“, des Dachverbandes der Lehrerinnen und Lehrer. Zu diesem Thema gibt es neue Forschungen. Die Bildungsdirektorin wird die Bildungskommission gerne darüber informieren. Sie möchte ins Gedächtnis rufen, dass bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ausschliesslich Männer Schule gegeben haben. Aus diesen Mädchen wurde auch etwas. Auch ist es einerseits eine Lohnfrage, und dass mit zunehmender Entwicklung bei Führungspositionen die Frauen eher etwas zurückstehen. Sie entscheiden sich heute eher für den Lehrerberuf und gehen weniger an die Uni. Bei der Akademisierung stehen die Frauen leider immer noch im Hintergrund. Das ist ein Thema, das die Frauen allerdings selber angehen müssen.

Somit ist die Interpellation 291 beantwortet.

10. Motion 200, Laurin Murer und Korintha Bärtsch namens der G/JG-Fraktion, Max Bühler, Esther Burri und Simon Roth namens der SP/JUSO-Fraktion, Jules Gut und Myriam Barsuglia namens der GLP-Fraktion, Michael Zeier-Rast namens der CVP-Fraktion, Sandra Felder-Estermann, Rieska Dommann sowie Lisa Zanolla-Kronenberg namens der SVP-Fraktion, Kinder- und Jugendförderung durch gebührenfreie Benutzung des öffentlichen Grundes

Ratspräsident Jörg Krähenbühl: Der Stadtrat nimmt die Motion entgegen.

Laurin Murer persönlich, und auch die ganze G/JG-Fraktion freuen sich sehr, dass der Stadtrat das Anliegen so positiv aufgenommen hat. Für Jugendvereine ist es ein Problem, Gebühren für die Nutzung des öffentlichen Grundes zu bezahlen. Denn die Kosten, welche dort aktuell verrechnet werden, machen oft einen Grossteil des ganzen Budgets des Anlasses aus.

Der Stadtrat plant jetzt, aufgrund dieser Motion das Gebührenreglement zu überarbeiten. Das sehen wir positiv und hätten dann unter Umständen zu dieser Überarbeitung noch ein paar Wünsche – in Richtung Öffentlichkeitsprinzip. Dass es öffentlich und klar ist, wer, wann, wo, warum etwas bezahlen muss, oder eben nicht. Denn aktuell ist das in verschiedenen Stadtratsbeschlüssen geregelt; diese sind nicht unbedingt öffentlich.

Darum geht es hier allerdings noch nicht. Uns ist wichtig, dass die Jugendvereine möglichst schnell nichts mehr bezahlen müssen. Wir hoffen, dass das der Stadtrat irgendwie organisieren kann, zum Beispiel eben mit einem der vielen Stadtratsbeschlüsse. Der Sprechende dankt dem Stadtrat für die Antwort und dem ganzen Parlament für die Unterstützung.

Sandra Felder-Estermann: Die FDP-Fraktion findet es gut, dass das aktuelle Gesetz zeitnah einer Teilrevision unterzogen werden soll und dann die geforderte Anpassung in den entsprechenden

B+A einfließen soll. Leider finden sich in dieser Stellungnahme keine Angaben zu den erwarteten Ertragsausfällen. Oder mit anderen Worten: Der FDP-Fraktion fehlt das Preisschild. Die Sprechende denkt, dass Stadtrat Adrian Borgula bestimmt schon jetzt sagen kann, wieviel das ist. Das wird bestimmt nicht erschreckend hoch sein, weshalb somit auch die FDP-Fraktion mehrheitlich hinter dieser Motion stehen kann.

UVS-Direktor Adrian Borgula kann das aus dem Stand heraus nicht beziffern. Es wäre gut, wenn man solche Sachen schon vorher wissen könnte. Aber es geht um wenige Ausfälle. Insgesamt sind es im Bereich von gebührenbelasteten Veranstaltungen für Jugendorganisationen ungefähr zehn pro Jahr. Je nach Flächenbedarf könnte es von 80 Franken bis ein paar hundert Franken pro Bewilligung sein. Im B+A wird das selbstverständlich aufgezeigt. Das Reglement wird auch in anderen Punkten noch überarbeitet. Auch aus anderen Richtungen wurde eine Überarbeitung des Reglements angestossen.

Der Rat stimmt der Überweisung der Motion 200 zu.

11. Interpellation 207, Peter With namens der SVP-Fraktion, vom 9. Juli 2014: Unsinnige Markierungen auf der westlichen Bergstrasse in Littau

Peter With verlangt Diskussion.

Der Rat stimmt der Diskussion zu.

Peter With: Es ist wieder ein ähnlicher Vorstoss, mit einem ähnlichen Text, wie beim Vorstoss zur Fluhmühle, über den an der letzten Ratssitzung diskutiert wurde. Es geht dabei nicht per se um Temporeduktionen oder um die Erhöhung der Sicherheit. Sondern es geht im Gegenteil darum, dass Massnahmen umgesetzt werden, welche einerseits erheblich Geld kosten und auf der anderen Seite aus Sicht des Sprechenden tatsächlich eher eine Gefährdung darstellen, als eine Verbesserung der Sicherheit.

Der aktuelle Stand: Als der Sprechende das letzte Mal über den Littauerberg gefahren ist, sind 20 dieser Sichtschilder defekt gewesen oder gar nicht mehr vorhanden. Peter With weiss nicht, wie viele es hat; es sind vielleicht 40 oder 50. Also fehlte rund die Hälfte oder war defekt. Und das, obwohl sie regelmässig ersetzt werden und auch vor kurzem ersetzt worden sind. Die Sichtschilder, gerade die defekten, stellen eine erhebliche Gefahr dar für die Radfahrer, welche dort bergwärts fahren, und auch für die vielen Motorradfahrer, die dort durchfahren. Denn bei schlechter Witterung sieht man die Sichtschilder kaum. Sie haben zwar kleine Reflektoren. Aber weil sie nur einige Zentimeter über dem Boden sind, und nur zwei bis drei Zentimeter hervorschauen, ist die Gefahr erheblich, wenn man darüberfährt und man allenfalls stürzen könnte. Dazu sind sie auch noch rutschig, weil sie aus Kunststoff sind.

Zum Inhalt der Interpellation: Eines ist klar, wenn man neben diesen Sichtschildern velofahren wollte, hat es definitiv zu wenig Platz. Es hat auch für Fussgänger zu wenig Platz. Zum Teil sind das wenige Zentimeter, zum Teil wurde ein wenig verbreitert. Aber es reicht schlicht nicht, um dort zu fahren. Gemäss der Antwort ist das Ziel, dass alle Verkehrsteilnehmer auf dieser jetzt

verkleinerten Strasse fahren sollen. Das widerspricht aber ganz klar dem Brief, der vom Stadtrat oder von der Stadt Luzern verschickt wurde, mit einem Foto, wo ganz klar definiert ist, dass neu der Radweg von der Strasse getrennt ist. Man hat das genau vermessen, 3,5 m breit ist die Strasse und 1 m breit ist der Radweg. Fakt ist dass man diesen Weg heute nicht benutzen kann. Und wie gesagt, für die Radfahrer, die heute auf einer noch engeren Fläche fahren müssen, wie auch natürlich für die Autofahrer, ist die Gefahr erheblich höher.

Die Strasse hat jetzt eine Breite von 3,5 Meter. Wie man in der Beantwortung der Interpellation lesen kann, ist die maximal zugelassene Breite von Fahrzeugen ebenfalls 3,5 Meter. Der Sprechende weiss nicht, wer vom Stadtrat zuhause eine Garage hat, wo die Einfahrt genau gleich breit ist wie das Auto. Das dürften die wenigsten sein. Das funktioniert halt einfach nicht. Wenn die Landwirte mit Fahrzeugen umherfahren, welche 3,5 Meter breit sind, auf einer Strasse, die Sichtschilder hat mit einem Abstand von 3,5 Metern, ist klar was passiert. Die fahren darüber, die Sichtschilder gehen kaputt – genau wie die 20, die jetzt schon kaputt sind.

Selbstverständlich haben die Interpellanten nie die Forderung aufgestellt, dass man jetzt dort eine zweispurige Strasse macht, wie das der Stadtrat in seiner Antwort suggeriert. Vielmehr war die Forderung ganz klar: Wir wollen, dass die Autos eigentlich wieder kreuzen können, und zwar langsam kreuzen, so wie sie das früher auch konnten, bevor die Sichtschilder dort hingekommen sind. Das heisst nicht, dass es eine zweispurige Strasse braucht. Vielmehr muss man halt die maximale Breite bauen, die auf diesem Grundstück möglich ist, welches sich im Besitz der Stadt Luzern befindet. Dann könnte man daneben noch einem Meter für die Radfahrer bauen. Das würde genügen, dass man kreuzen könnte, wenn man langsam und umsichtig fährt. Leider will der Stadtrat das nicht. Er ist der Meinung, dass das problemlos geht und es funktioniere alles. Spätestens wenn dann der erste Schnee fällt, wird man merken, dass das nicht mehr ganz so ist. Gemäss Antwort wird nämlich einfach die Fahrspur vom Schnee befreit. Zwischen den einzelnen Sichtschildern wird nicht geräumt. Und dann allenfalls die Ausweichstellen. Die Ausweichstellen sind so, dass ungefähr ein Auto darin Platz hat. Sagen sie mir, wie die Autos auf dieser einspurigen Strasse kreuzen wollen, wenn zwei Autos bergwärts kommen und zwei Autos abwärts kommen? Denn in der Ausweichstelle hat ein Auto Platz, rechts und links hat es Schneehaufen, auf die sie fahren müssten. Das geht schlicht nicht. Gehen würde das nur mit vorsichtigem Räumen, auch zwischen den Sichtschildern, was natürlich ein enormer Aufwand wäre. Alle 25 Meter hat es ein solches Schild. Entweder man räumt sie ab mit dem Schneepflug, oder man muss dann von Hand den Schnee wegschaufeln. Beides ist einfach nicht realistisch. Kommt noch dazu, dass das Ganze dort oben nicht flach ist, es ist hügelig. So oder so wird ein Autofahrer anhalten müssen. Diesem wünscht der Sprechende dann viel Glück, wenn er am Hügel wieder anfahren muss, wenn er zwischen diesen Sichtschildern steht, die er dank dem Schnee übrigens auch gar nicht mehr sieht.

Kritisieren möchte der Sprechende am Schluss die Kostenangaben: 50 Franken pro Sichtschild, inklusive Bestellung, Logistik, Vorbereitung, Laden, An- und Wegfahrt, Montage. So effizient hat der Sprechende die Stadtverwaltung noch nie erlebt. Er glaubt, dass das schlicht und ergreifend nicht möglich ist. Wenn man den Gesamtaufwand für diese Massnahme anschaut – nicht nur die Verbreiterung der Strasse, das Anschrauben der Schilder und der ständige Ersatz, sondern auch den Unterhalt im Sinne der Schneeräumung im Winter, welcher dort oben durchaus einen gewissen Aufwand darstellt –, muss man sagen, dass das eine Massnahme ist, die erheblich kostet, aber aus unserer Sicht relativ wenig bringt. Man sieht es bereits jetzt: Die Autofahrer fahren dadurch nicht wirklich langsamer. Das Problem entsteht beim Ausweichen, weil man stark ab-

bremsen muss, damit man überhaupt zwischen die zwei Sichtschilder zu stehen kommt. Sogar wenn man korrekt auf Sicht fährt, wird es relativ anspruchsvoll. Vor allem wenn mehrere Autos hintereinander sind. So viele Autos haben nämlich zwischen den Sichtschildern gar keinen Platz. Das wird bei fünf, sechs Autos, die relativ eng hintereinander fahren, eine anspruchsvolle Angelegenheit, um überhaupt kreuzen zu können.

Letztendlich ist es so, dass durch diese Massnahme alle Verkehrsteilnehmer massiv benachteiligt werden. Vor allem aber auch die Fussgänger und Radfahrer. Aber man denkt ja eigentlich, dass es der Sinn wäre, dass diese Verkehrsteilnehmer den Weg dort endlich auch benutzen könnten. Heute ist es leider so, dass man dort praktisch nicht mit dem Velo fahren kann, weil es einfach viel zu gefährlich ist. Das hat sich jetzt noch einmal massiv verschärft. Der Sprechende findet es grundsätzlich falsch, wenn man aus ideologischen Gründen falsche und auch gefährliche Massnahmen einfach weiterhin aufrechterhalten will. Daher bittet der Sprechende den Stadtrat nochmals, das genau anzuschauen. Vielleicht dann, wenn man das erste Mal mit der Schneeräumung durch ist, muss man sich überlegen, ob diese Massnahme wirklich so clever war. Oder ob man nicht einfach mit dem Schneepflug durchfährt und alle Schilder auf einmal demontiert.

Agnes Keller-Bucher: Die Lohrenkreuzung vor der Autobahneinfahrt Rothenburg ist fast täglich verstopft. Der Seetalplatz sorgt für Stau und platzt aus allen Nähten. So ist es nicht verwunderlich, dass sich der Verkehr jetzt über den Littauerberg verlagert hat, der viele Probleme auf dieser Strasse mit sich bringt. In diesem Sinne ist sie wirklich keine Güterstrasse mehr, wie sie es einmal war, sondern sie wurde zu sehr zu einem vielbefahrenen Schleichweg, wo man nämlich auch ganz schnell einmal aufs Gaspedal drückt. Die Stadt hat die Probleme erkannt und hat Massnahmen ergriffen. Erstens, um den Verkehr einzudämmen, dass nicht mehr so viele Fahrzeuge dort durchfahren würden. Und zweitens, um die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Diese Absicht schätzt die CVP-Fraktion sehr. Wir schätzen, dass man etwas probiert, um das Verkehrsaufkommen einzudämmen. Leider hat sich aber die Stadt hier für eine sehr ungeeignete Massnahme entschieden. Die Sprechende kennt niemanden im ganzen Littauerberg, der ein positives Wort über diese Sichtzeichen sagen könnte. Alle schimpfen darüber.

Mit der Installation der Sichtzeichen ist die Situation viel gefährlicher geworden. Und zwar liegt das Problem da drin, dass die bergwärts fahrenden Autos sich im Vorteil wähnen und mit vollen 80 bis 100 Stundenkilometern den Littauerberg hinauf fahren. Sie sorgen sich keinen Deut darum, wer von oben her kommt, oder was sonst passiert. Die Talwärtsfahrenden haben auf ihrer Seite Sichtzeichen und können dazwischen fahren. Das geht gut, weil man langsam fährt. Und wenn es übersichtlich ist, geht es auch. Das Problem ist, dass es dort zwei Kuppen hat, wo man schlichtweg keinen Meter voraussieht, ob ein Auto vor einem steht. Man kann nicht vorher ausweichen und warten, bis die Autos da sind, weil man sie gar nicht sieht. So kommt es zu abrupten Bremsmanövern und genau bei diesen Kuppen hat es keine Ausweichstellen, man fährt also über ein solches Zeichen hinweg. Die Sprechende hat das schon mehrfach beobachtet. Man kann an einer unübersichtlichen Stelle nicht vernünftig ausweichen, wenn ein Auto entgegenkommt. Dass der bergwärts fahrende Autofahrer etwas abbremsten würde, dass man weiter vorne ausweichen könnte, damit kann man erst recht gar nicht rechnen. Es gibt Autofahrer, die überhaupt keine Rücksicht nehmen. Klar gibt es solche, die das auch machen. Die Sprechende erlebt das täglich, weil sie jeden Tag dort durchfährt. Leider kann man aber nicht damit rechnen, dass man aufeinander Rücksicht nimmt.

Die Sicherheit der Velofahrer und Fussgänger ist für die Sprechende am schlimmsten. Es ist wirklich so, man kann gar nicht um die Sichtzeichen herumfahren. Die Sprechende kennt niemanden, der mit dem Velo hinter diesen Sichtzeichen durchfahren könnte. Man müsste ein Radkünstler sein, um auf diesen wenigen Zentimetern zu fahren, ohne den Rand nicht zu verlassen. Also fahren jetzt alle auch auf der Strasse, was auf den erwähnten unübersichtlichen Kuppen besonders gefährlich ist. Auch, wenn man plötzlich noch einen Fussgänger vor sich auf der Strasse hat. Der Stadtrat schreibt von der Prüfung einer neuen Massnahme, nämlich von einem Fahrverbot. Das würde die Sprechende natürlich sofort unterschreiben. Sie ist allerdings nicht sicher, ob das überhaupt durchführbar wäre.

Das Fazit aus Sicht der Sprechenden und aus Sicht der Bewohner im Littauerberg ist, dass der Stadtrat nicht mehr ein Jahr warten müsste, um die Testphase durchzuführen. Das müsste er sofort wieder ändern. Erstens aus der Situation heraus, weil es viel gefährlicher geworden ist. Zweitens, wie wir lesen konnten, kostet ein solches Zeichen 50 Franken. Wir wissen, dass fast jeden Tag mehrere solcher Zeichen überfahren werden. Vielmals 50 Franken geben auch einen Haufen Geld, und das könnten wir uns wirklich sparen.

Ivo Durrer: Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort. Die FDP unterstützt die Voten der SVP und der CVP und muss daher eigentlich nichts mehr dazu sagen. Was aber die FDP noch mehr stutzig gemacht hat und etwas befremdet, ist der Satz: „Der Stadtrat prüft weitergehende Massnahmen wie beispielsweise ein Fahrverbot.“ Der Sprechende hofft, dass solche Massnahmen in Zukunft standardisiert werden, indem man gewisse Strassen, bei denen es irgendwelche Probleme gibt, einfach sperren will. Er bittet den Stadtrat, sich das gut zu überlegen, solche Sachen machen zu wollen.

René Meier: Wie Agnes Keller-Bucher schon gesagt hat, wird die eigentlich einspurige öffentliche Güterstrasse durch den Umbau am Seetalplatz noch vermehrt als Umfahrungsstrasse oder Schleichweg gebraucht, oder auch missbraucht. Wenn sie Tempo 80 zulässt, oder mindestens nicht verboten ist, wird auch viel zu schnell gefahren. Dieser Mehrverkehr und das erhöhte Gefahrenpotenzial auf dieser Strasse sind sicher nicht im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner im Littauerberg. Deshalb ist es sicher richtig, dass der Stadtrat Massnahmen zur Verkehrsberuhigung ergriffen hat und auch eine einfache, kostengünstige Lösung mindestens geprüft hat. Ob diese Massnahme optimal ist, kann man wahrscheinlich unterschiedlicher Meinung sein. In der Antwort ist aber angetönt, dass diese Massnahme vorerst einmal überprüft wird und vielleicht auch noch ergänzt wird durch andere Massnahmen.

Die von Peter With angeregte Verbreiterung der Strasse ist aus Sicht des Sprechenden aber kein gangbarer Lösungsansatz. Denn dadurch wird die Versuchung noch grösser, dort zu schnell zu fahren. Die Attraktivität als Schleichweg wird noch erhöht, das wäre sicher auch nicht wieder im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner. Es macht auch keinen Sinn, den mittleren Abschnitt auszubauen. Denn der obere Abschnitt ist eindeutig einspurig, der untere Abschnitt ist ebenfalls eindeutig einspurig. Dazwischen eine breite Strasse zu machen, macht keinen grossen Sinn. Idealerweise würde man eigentlich den mittleren Abschnitt gleich gestalten wie den obersten. Eine klare einspurige Fahrbahn mit klarer Kreuzungsmöglichkeit, mit einem separaten Gehweg. Vielleicht lässt sich ja im Rahmen der bewilligten und finanziell attraktiven Deponieausbauten eine Mitfinanzierung einer solchen Lösung durch die Deponiebetreiber finden. Zudem wäre es auch nötig, dass man auf diesem Abschnitt Tempo 60 hätte. Wenn man talwärts fährt, gilt

ganz klar Tempo 60, im mittleren Abschnitt ist in diesem Sinn nichts signalisiert. Das würde mindestens teilweise auch zu einer Beruhigung beitragen.

Für **Joseph Schärli** ist es nicht verwunderlich, dass man jetzt wieder über die Bergstrasse diskutiert. Er würde dem Stadtrat empfehlen, die Akten des Gemeinderates von Littau anzuschauen, in denen das Anliegen damals in Zusammenarbeit mit den Bauern abgeklärt wurde. Auch die Bauern sahen ein, dass es keine andere Lösung gibt. Wer überprüft das, wenn man dort ein Fahrverbot hat? Wenn auf dieser Strasse ein Fahrverbot ist, wer kommt dann mit dem Futter zu den Bauern? Die Signalisation „Zubringerdienst gestattet“ wird sowieso von allen missachtet. Jeder fährt doch einfach wieder durch. Das zu überprüfen ist äusserst schwierig. Der Gemeinderat von Littau hatte ein ganzes Dossier zu den gemachten Abklärungen. Die Ausweichstellen wurden schon vor der Fusion erstellt, nachher wurde noch einmal ein Teil gemacht. Diese Ausweichstellen haben völlig genügt. Damit konnte man den Verkehr dirigieren über den Berg. Aber was man jetzt mit diesen Schildern und mit allen anderen Sachen machen will, damit macht man nur die Leute verrückt. Es wird schon jetzt geschimpft und gelästert. Wie Peter With gesagt hat, möchte auch Joseph Schärli sehen, wie der Winterdienst gestaltet werden soll. Die Fahrzeuge landen in der Wiese und müssen herausgeschleppt werden. Das ist doch ein fertiges Chaos. Darum: Weg mit diesen Schildern, weg mit dem Zeug! Sich auf Ausweichstellen auf dieser Bergstrasse konzentrieren, das ist die Lösung. Alles andere bringt nichts.

Peter With: Grundsätzlich wurde über das Fahrverbot immer wieder diskutiert. Der Sprechende ist nicht sicher, ob das rechtlich überhaupt möglich ist. Aber umsetzbar ist es nicht. Es hat dort auch Läden, zum Beispiel einen Blumenladen, wo die Leute einkaufen gehen. Es gibt Leute, die bei den Bauernhöfen ihre Fischprodukte einkaufen. Man kann doch dort gar kein Fahrverbot machen. Denn jeder kann nachher sagen, er wolle nur schnell Blumen kaufen gehen, und dann wäre es schon wieder Zubringerdienst.

Der Sprechende möchte kurz eine Replik machen auf das Votum von René Meier, zur Verbreiterung der Strasse. Vielleicht wurde das falsch verstanden. Der Sprechende hätte die Strasse so breit gehabt haben wollen wie sie vorher war. Also die Strasse, wo die Autos fahren, rund 4 bis 4,5 Meter breit. Der Meter, der nachher noch übrig wäre, aufgrund der Breite des Grundstücks, auf diesem hätte man nachher einen zusätzlichen Rad- und Gehweg machen können. Es ging nicht darum, dass man die Strasse verbreitert, sondern sie würde genau gleich breit sein wie vorher, dass eben auch die Autos in einem vernünftigen, angepassten Tempo irgendwo noch halbwegs aneinander vorbeikommen würden. Dass man aber daneben zusätzlich noch einen Meter hätte, den man vielleicht nur mit einem Streifen markieren würde, der vor allem für die Velos und für die Fussgänger wäre. Es würde nicht eine Verbreiterung geben, im Sinne einer Autobahn, die man dort bauen würde.

Die Vorstösse aus dem Raum Littau animieren **Christian Hochstrasser** immer für seine sonntäglichen Ausflüge und erweitern seine Perspektiven auch immer etwas. In diesem Falle hat der Sprechende auch den Eindruck – das deckt sich mit einigen hier im Saal –, dass die Massnahmen an dieser Bergstrasse nicht ganz glücklich sind. Wenn man aber jetzt zuhört, wo das Problem an dieser Bergstrasse liegt, ist das entscheidende Problem, dass auf dieser Strasse zu viel Verkehr ist, der eigentlich gar nicht dahin gehört. Also nicht die Zubringer, nicht die Leute, welche in den Blumenladen einkaufen gehen, oder in die Bauernhofläden. Auch nicht solche, welche das Futter

bringen, und auch nicht die Bauern selber. Und auch nicht diejenigen, welche dort in den Wohnungen dieser Bauernhöfe wohnen. Sondern es sind Leute, die einfach über den Littauerberg fahren, von Rothenburg nach Littau. Jetzt müsste man sich vielleicht allenfalls überlegen, wie man es schafft, dass diese die Bergstrasse nicht als Schleichweg benützen. In der Zwischenzeit kann man das relativ effizient machen. Das Beispiel Bramberg zeigt es. Man hat die Möglichkeit mit einer automatischen Nummernerkennung. Man weiss ganz genau, wie lange man beim direkten Befahren einer gewissen Strecke hat. Das kann automatisch ausgewertet werden. Man sieht genau, ob jemand einkaufen ging oder Futter ablieferte, oder ob man einfach durchgefahren ist. Das kann man sehr gut erheben und ist durchaus umsetzbar, wenn man dort ein Fahrverbot einrichtet, mit Ausnahme von Zulieferern, von Zubringern, von Leuten, die einkaufen gehen, oder von den dort anwohnenden Leuten. Der Sprechende glaubt, dass der grösste Teil dieses Problems damit schon gelöst wäre. Die Möglichkeiten, die Peter With skizziert hat mit dem Rad- und Gehweg, der eigentlich jetzt auf dieser Strasse wirklich fehlt, wäre auch ein denkbarer Weg. Das ist wahrscheinlich eher wieder eine Frage der Kosten, und wir müssten uns überlegen, ob sich die Stadt das überhaupt leisten kann. Aber wenn das möglich ist, und das sinnvoll umsetzbar ist, spricht nichts dagegen, eine einspurige Strasse zu erstellen, mit einem separaten Rad- und Gehweg – auch aus Sicherheitsgründen.

UVS-Direktor Adrian Borgula glaubt, dass der Stadtrat eine gute und ausführliche Antwort geschrieben hat. Der Ausgangspunkt ist die Verkehrssicherheit. Der Sprechende war im vorletzten Jahr an der Quartiersversammlung im Littauerberg, wo die Verkehrssicherheit ein grosses Thema war. Dabei wurde bei der Forderung nicht immer klar, was man eigentlich wollte. Soll es einfach eine bessere Strasse sein, will man weniger Verkehr, oder mehr Verkehrssicherheit? Der Sprechende kennt die Strasse relativ gut. Er ist viel unterwegs zu den Waldohreulen im Spitz, zu den Feldhasen in der Kornellen. Der Sprechende kann zwischen Zeichen und Strassenrand fahren, aber nicht überall. Das muss man aber auch nicht. Die Velofahrer können zwischen dem weissen Randstreifen, und zwischen dem Rand fahren. Das Ziel dieser Massnahme – man kann darüber diskutieren, ob alles geglückt ist – ist, dass die Markierung dem entspricht, was die Strasse ist, nämlich eine Güterstrasse erster Klasse. Es ist eine Sammelstrasse von Hoferschliessungen. Es ist kein Ausbaustandard einer Überlandstrasse, es ist kein Ausbaustandard einer Strasse mit Durchgangsverkehr. Wir haben versucht, eine kostengünstige Massnahme zu treffen, um die Verkehrssicherheit zu verbessern. Im Moment läuft dieser Testlauf. Es gab verschiedene Rückmeldungen. Eines ist aber sicher, die Massnahme hat eine verkehrsberuhigende Wirkung. Ob sie wirklich das bringt, wie man sich erhofft hat, wissen wir noch nicht.

Angeknüpft an dem, was Christian Hochstrasser zusammengefasst hat, und viele andere Sprecher auch gesagt haben, muss festgehalten werden, dass es einfach zu viel Verkehr hat auf dieser Strasse. Und vor allem – was Peter With ebenfalls festgestellt hat – fahren viele Autofahrer dort mit nicht angepasstem Tempo durch. Agnes Keller-Bucher hat es auch erwähnt, es wird wirklich ziemlich geblocht, vor allem auch den Berg hinauf. Indem man signalisiert, dass die Strasse einspurig ist, muss eine Bremsung hineingebracht werden. Es hat definierte Ausweichstellen, die zum Teil schon zu Littauer Zeiten gebaut worden sind, zum Teil nachträglich ergänzt wurden. Es gibt Ausweichstellen, und diese sind auch nutzbar. Das ist eigentlich das Konzept, das wir verfolgt haben. Wir haben versucht, eine Abtrennung zu erreichen, wo man als Fussgänger und als Velofahrer diese Fläche nutzen kann. Man muss nicht aussen an den Sichtzeichen vorbeifahren mit dem Velo, aber an verschiedenen Orten kann man das.

Der Sprechende möchte einige Sachen aus dem Votum von Peter With aufnehmen. Er sagt, dass die Massnahmen selber eine zusätzliche Gefährdung darstellen. Wenn das stimmen würde, dann würde die Gefährdung von den Autofahrern ausgehen, die ihr Tempo nicht anpassen. Von denjenigen, die im Kuppenbereich – wie es Agnes Keller-Bucher geschildert hat – das Tempo einfach nicht anpassen, wie es angemessen wäre. Wenn Peter With sagt, wir gehen zurück zum Zustand wie vorher, und räumen die Sichtzeichen weg, dann sind wir wieder dort, wo wir einmal waren. Wir können noch weisse Streifen aufmalen, dann hat man eine kleine optische Orientierung, aber die Problematik von relativ schnellem Kreuzen der Fahrzeuge bleibt bestehen. Das ist doch wiederum sehr gefährlich. Es gibt vor allem viele Streifkollisionen, aber wir wissen natürlich nicht von allen.

Der Stadtrat hat vor – das zeigen wir in der stadträtlichen Antwort – die Testphase zuerst auszuwerten, um zu schauen, ob es andere Varianten gibt. Wenn man dort keinen durchgehenden Schleichverkehr möchte, wäre ein Fahrverbot mit der Ausnahme „Zubringerdienst“ tatsächlich eine Option. Denn es ist eine Güterstrasse, es ist keine Durchgangsstrasse. Die Variante mit einem separaten Rad- und Gehweg hat natürlich ihr Preisschild. Ein separater Rad- und Gehweg braucht eine gewisse Foundation. So günstig ist diese nicht zu haben. Wir können uns das selbstverständlich überlegen, aber es braucht auch noch Land dazu. Man muss wissen, dass das einen gewissen Landverschleiss nach sich zieht. Vielleicht löst man dann das Problem tatsächlich eher, indem man den Durchgangsverkehr wegbringt. Es ist klar, dass das schwierig umsetzbar ist. Es gibt Beispiele, wo es funktioniert im Einbahnsystem, wie an der Taubenhausstrasse. Kontrollieren kann man das, das ist nicht unmöglich. Es ist nicht einfach, aber nicht unmöglich.

Der Sprechende freut sich, wenn sich Peter With auch sorgt um die Velofahrer und Fussgänger. Aber das Problem auf dieser Strasse geht vor allem von den Autofahrern aus, die ihr Fahrverhalten nicht den Gegebenheiten anpassen, die nach wie vor eine Güterstrasse ist.

Mit der Antwort des Stadtrates wurden ungefähr die wichtigsten Punkte aufgezeigt. Die Diskussion wird sicher weitergehen. Wir werden den Test auswerten, und werden uns überlegen, was die nächsten Schritte sein werden.

Somit ist die Interpellation 207 beantwortet.

**12. Postulat 209, Lisa Zanolla-Kronenberg und Marcel Lingg
namens der SVP-Fraktion, vom 1. August 2014:
Spontanität und Kreativität beim Fahnenauhang am Luzerner Stadthaus**

Ratspräsident Jörg Kreienbühl: Der Stadtrat lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Lisa Zanolla-Kronenberg dankt dem Stadtrat für die Antwort auf das Fahnenpostulat. Sie ist muss allerdings sagen, dass sie enttäuscht ist. Wenn dem Stadtrat ein Vorstoss nicht gefällt, sagt er, es seien die anfallenden Kosten. Ansonsten ist die Stadt Luzern und somit der Stadtrat nicht gerade ein Beispiel für sparsames Wirtschaften. Okay, wenn dem Stadtrat die Kosten zu hoch sind, machen wir es doch ganz einfach und wir kommen dem Stadtrat entgegen. Runter mit der EU-Fahne, rauf mit einer Schweizer Fahne. Dass die EU-Fahne dort hängt, ist sowieso ein Luzerner Spleen. In Zug, Aarau, St. Gallen hängt nämlich auch keine EU-Fahne an einem öffentlichen

Gebäude. Und, aufgepasst! Sogar im linken Zürich ist noch nie eine EU-Fahne dort gehangen. Denn so wie die Fahne jetzt hängt – die Sprechende verweist auf die heraldische Auslegung, auf die der Stadtrat ebenfalls hinweist –, ist es klar eine politische Aussage. Der Stadtrat ist der Meinung, dass die ranghöchste Fahne immer zuoberst hängt. Welche ist das in der Stadt Luzern? In der Erklärung des Stadtrates wird der Vergleich unter den heraldischen Gesichtspunkten berücksichtigt. Bei drei Flaggen wird die ranghöchste Flagge in die Mitte genommen, die zweithöchste Flagge kommt von der betrachtenden Person her nach links, und die dritthöchste kommt nach rechts. Und genau diese Vergleiche und Erläuterungen findet die Sprechende nicht richtig, nicht angepasst und fadenscheinig.

Die ranghöchste Fahne am Stadthaus Luzern – ist das eine EU-Fahne? Für die Sprechende ist diese Aussage nicht nachvollziehbar. Nur zur Info: Wir sind nicht in der EU. Also gibt es keinen Grund, warum diese Fahne am Stadthaus hängen soll. Die Flagge hat eine eminent wichtige Symbolkraft. Sie ist ein Zeichen von Gebietherrschaft und Anspruch. Das mag für Laien eine Lapalie sein. Aber so wird es interpretiert und erkannt – nämlich pro Europa. Aber wenn ja die Stadträte so Freude haben an dieser Fahne, ist es ihnen eigentlich freigestellt, diese in ihrem eigenen Garten aufzuhängen. Oder lediglich bei einem Jubiläum einer europäischen Institution, oder unter anderem bei einem Staatsbesuch könnte man die Fahne aufhängen.

Noch einmal: Wir würden ja gerne auf das Postulat verzichten, wenn der Stadtrat gleichzeitig versichern würde, dass er sich an die Zürcher oder an die Zuger Praxis anschliessen würde. Oder, er würde dem SVP-Anliegen entsprechen, der Schweizer Fahne die höchste Priorität zuzumessen. Aber das will er ja nicht. Aus diesem Grund müssen wir am Postulat festhalten.

Thomas Gmür: Wir haben hier ein Postulat vor uns, da steht eigentlich bereits im Titel alles drin. Die SVP hat sämtliche Kreativität zusammengekommen, einen Vorstoss zu formulieren und hat ihn danach auch noch spontan eingereicht. Die CVP-Fraktion hat es sich nicht einfach gemacht. Denn das Problem brennt wirklich extrem unter unseren Nägeln. Und trotz dieser Qualen haben wir am Schluss gesagt, wir müssen dieses Postulat ablehnen. Denn die wichtigste Frage, die nicht nur uns, sondern die ganze Bevölkerung beschäftigt, ist nämlich nicht beantwortet, weil sie ja gar nicht gestellt wurde im Postulat: Wieso um alles in der Welt hängt die EU-Fahne in der Mitte? Es ist aber eigentlich die Europarats-Fahne, liebe Lisa Zanolli. Und dann noch zuoberst? Und wieso dann überhaupt an diesem Haus? Aber der Stadtrat hat diese Frage nicht beantwortet. Vielleicht wird er sie nächstes Jahr beantworten. Wir freuen uns jetzt auf den Apéro, um mit euch allen auf ein 2015 anzustossen, das uns hoffentlich nicht mehr solch grosse Probleme beschert.

Max Bühler: Die praktisch-pragmatischen Gründe, die für eine Ablehnung des Postulates 209 bestehen, sind bereits alle in der Stellungnahme des Stadtrates. Deshalb nur kurz: Es ist schlicht zu aufwendig und zu kompliziert, das im Postulat formulierte Anliegen umzusetzen. Die verschiedenen Veranstaltungen in Luzern sind unterschiedlich lang und überschneiden sich oft. Die Fahnenstangen am Stadthaus sind nicht für ein ständiges Wechseln der Fahnen geeignet. An der Nordfassade ist die Situation anders als an der Ostfassade. Es ergeben sich unter heraldischen Gesichtspunkten Probleme, und so weiter und so fort.

Bei den politischen Gründen, das Postulat abzulehnen sieht es ein bisschen anders aus. Der Sprechende wird das Gefühl nicht los, dass es den Postulanten – ähnlich, wie im Vorstoss der SVP aus dem Jahr 2007 – primär eher darum geht, dass die Europa-Flagge wekommt, als dass eine ande-

re Flagge ihren Platz einnimmt. Deshalb hätte Max Bühler eine kleine Bitte: Wenn die SVP ein Problem mit der Europafahne hat – und das hat sie, wie es auch schon im erwähnten Vorstoss vor sieben Jahren steht –, dann kann man das auch so sagen, das ist kein Problem. Das ist nicht verboten, dann kann man auch noch einmal den genau gleichen Vorstoss wie 2007 einreichen. Aber bitte nicht seine eigentliche Absicht mit einem solchen, man könnte fast sagen, „feel good“-Vorstoss verschleiern.

Und vielleicht noch eine allgemeine Bemerkung, die durchaus auch als persönlicher Sparvorschlag des Sprechenden an den Stadtrat verstanden werden kann: Max Bühler findet es sehr loblich, wie der Stadtrat und die Verwaltung versuchen, jeden Vorstoss gewissenhaft und ausführlich zu beantworten. Aber manchmal ertappt er sich dabei, wie er im Sinne einer kostengünstigen, effizienten Verwaltung wehmütig zum Beispiel an den Kanton Basel-Stadt denken muss, wo die Regierung gewisse Vorstösse auch mal mit dem simplen, knappen Satz „Wir raten davon ab“, beantwortet. Der Sprechende würde sich manchmal wünschen, das wäre bei uns auch ab und zu auch der Fall. So könnte man wahrscheinlich eine beträchtliche Summe sparen, und da hätte die SVP ja sicher auch nichts dagegen. In diesem Sinne rät die SP/JUSO-Fraktion davon ab.

Jules Gut: Das war jetzt ein spannender Vorschlag von der Linken Seite. Wenn es bei der Industriestrasse geheissen hätte, „davon raten wir ab“, wäre vielleicht Feuer im Dach gewesen.

Die Grünliberale Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die gute und transparente Information. Das Postulat ist ein gutes Beispiel, wie die Verwaltung zu mehr Bürokratie geradezu gezwungen wird. Nicht einmal den Fahnenauhang kann man der Verwaltung selber überlassen. Nein, wir Politiker fordern eben für alles, für jedes Rädchen in dieser Stadt, eine feste Ordnung. Die Beantwortung des Postulates hat aus unserer Sicht wohl in etwa so viel Zeit in Anspruch genommen, wie das Aufhängen dieser Fahnen pro Jahr kostet.

Liebe Schweizer Volkspartei. Unsere Stadt ist doch heute genau das, wie sie eben ist. Weil sie seit hundert Jahren Touristen aus der ganzen Welt sehr willkommen heisst – und eben auch aus Europa. Die GLP-Fraktion will keine national-konservative Stadt sein. Ohne Europa gäbe es die Schweiz nicht, ohne Europa wäre heute Luzern nicht die schönste Stadt der Welt. Wir Grünliberalen freuen uns, dass wir ein Teil sind dieses offenen, liberalen Europas, mit verschiedenen Nationen, den verschiedenen Sprachen, und den verschiedenen Pässen, die uns alle hier vereinen. Wir freuen uns, dass die Stadt jedes Jahr viele europäische Gäste herzlich begrüsst. Wir sind stolz auf unsere Fahne, stolz auf die Fahne des Europarates. Die GLP-Fraktion lehnt das Postulat ab.

Daniel Wettstein: Weihnachten steht vor der Türe. Das ist immer auch die Zeit der Geschenke. Als obererster Weihnachtsbeleuchter hätte der Sprechende natürlich lieber eine Weihnachtsbeleuchtung am Stadthaus. Diesem hätte er vielleicht noch zustimmen können. Aber sicher möchten wir jetzt der Verwaltung nicht ein Geschenk in Form eines neuen Reglements unter den Weihnachtsbaum legen, darum muss die FDP-Fraktion das Postulat ablehnen. Unabhängig davon, ob man die Europafahne gut oder schlecht findet am Stadthaus – man kann geteilter Meinung sein – wir leben jetzt mit dieser Beflaggung, die der Stadtrat am Stadthaus aufhängt.

Franziska Bitzi Staub kann dem Votum des SP-Sprechers einerseits zustimmen, andererseits möchte sie noch etwas erläutern zum SVP-Vorstoss vor sieben Jahren, für diejenigen, welche damals noch nicht im Rat waren. Franziska Bitzi Staub kann Max Bühler zustimmen, denn die SVP sollte doch sagen, was sie eigentlich will. Dann wäre es ganz einfach, und vielleicht hätte sie

plötzlich sogar noch die Unterstützung der CVP, nämlich einfach die Europaflagge abzuhängen. Das Problem ist, dass die SVP es immer mit anderen Sachen verknüpft. Vor etwa sieben Jahren, war es, dass man ein Reglement für die Beflaggung schaffen sollte. Konkret war sogar, man sollte das Reglement der Stadt Zürich übernehmen. Das wollten wir nicht. Dieses Mal fordert die SVP zusätzlich, man soll Spontaneität und Kreativität walten lassen, man solle alles Mögliche aufhängen, in der Mitte. Auch das können wir nicht unterstützen. Sagt doch einfach, was ihr wollt, nämlich die Europaflagge abhängen – und plötzlich hättet ihr vielleicht eine Mehrheit.

Es ist das letzte Traktandum, weshalb sich **Stadtpräsident Stefan Roth** am heutigen Tag auch noch vom Wort ergriffen fühlt, damit es nicht heisst, die da vorne haben das Geld nicht verdient. Wir haben Probleme in dieser Stadt. Wir haben sie beim Verkehr, wir haben sie beim Wohnen, wir haben sie in der Wirtschaft, und wir haben sie bei den Finanzen.

Der Sprechende begrüsst, was übrigens Grossstadtrat Max Bühler gesagt hat. Auch er ist ein wesentlicher Verfechter von viel kürzeren Antworten – aber nicht nur hier, in dieser Beflaggungsfrage, sondern generell. Leider konnte er sich bisher noch nicht genügend Gehör verschaffen. Der Vorstoss verlangt Spontaneität und Kreativität. Man könnte leicht schmunzelnd sagen, der Stadtrat hat selbstverständlich bei ganz vielen Fragen Spontaneität und Kreativität an den Tag gelegt. Er möchte am Jahresende verzichten, abschliessend aufzuzählen, was der Stadtrat diesbezüglich alles verbraucht hat im abgelaufenen Jahr. Eines aber möchte Stefan Roth ganz bestimmt sagen, dass der Stadtrat beim Fahnenanhang trotz politischem Gegenwind standhaft bleibt. Es wurde erwähnt, das Thema hat schon vor einigen Jahren bewegt. Die Europaflagge steht in den Augen des Stadtrates für die weltoffene Stadt. Das haben wir in der Stellungnahme zum Postulat zum Ausdruck gebracht. Wir haben gesagt, was es bedeutet. Aus Sicht des Stadtrates gibt es dazu nicht mehr viel hinzuzufügen. Der Sprechende bittet, das Postulat abzulehnen.

Der Rat lehnt die Überweisung des Postulates 209 ab.

Ratspräsident Jörg Krähenbühl wünscht allen Anwesenden schöne Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Er schliesst die Sitzung mit dem Hinweis, dass im Am-Rhyn-Haus, in der Sala Terrena, ein Weihnachtsapéro offeriert wird.

Schluss der Sitzung: 16.30 Uhr

Luzern, 12. Januar 2015

Der Protokollführer:



Franz Meyer

Eingesehen von:



Hans Büchli,
Leiter Sekretariat Grosser Stadtrat